



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **48. Sitzung (öffentlich).**

4. Februar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:58 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Vanessa Kriele

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |  |           |
|--|-----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>  | <b>5</b>  |
| Der Ausschuss schließt sich der bundesweiten Schweigeminute zum Gedenken der zwei in Rheinland-Pfalz bei einer Verkehrskontrolle erschossenen Polizisten an. |           |
| <b>1 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Niederlanden und der Benelux-Union</b>  | <b>6</b>  |
| – Gespräch mit Andries Heidema (Kommissar des Königs der Provinz Overijssel, Niederlande) und Dr. Uta Loeckx (NRW-Verbindungsbüro der Benelux-Union)         |           |
| <b>2 Die deutsch-chinesischen Beziehungen aus Sicht der Wissenschaft</b>   | <b>25</b> |
| – Gespräch mit Prof. Dr. Thomas Heberer (Seniorprofessor für Politik und Gesellschaft Chinas, Universität Duisburg-Essen [ <i>Präsentation s. Anlage</i> ])  |           |

**3 Die europäische und internationale Zusammenarbeit im zweiten Halbjahr 2021** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **44**

Vorlage 17/6496 (nachträglich erschienen)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, Fragen zum Bericht schriftlich beim Ausschussekretariat einzureichen und um ebenfalls schriftliche Beantwortung zu bitten.

**4 Europapolitische Prioritäten der Landesregierung und Bewertung des Arbeitsprogrammes der Europäischen Kommission 2022** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **49**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6379

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, Fragen zum Bericht schriftlich beim Ausschussekretariat einzureichen und um ebenfalls schriftliche Beantwortung zu bitten.

**5 Stand der Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Polen, Ungarn und Slowenien** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion*) **51**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6372

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, Fragen zum Bericht schriftlich beim Ausschussekretariat einzureichen und um ebenfalls schriftliche Beantwortung zu bitten.

**6 Stand der Beziehungen Nordrhein-Westfalens zur Slowakei und Tschechien** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion*) **52**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6373  
Vorlage 17/6374

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, Fragen zum Bericht schriftlich beim Ausschussesekretariat einzureichen und um ebenfalls schriftliche Beantwortung zu bitten.

## **7 Verschiedenes**

**53**

– keine Wortbeiträge

\* \* \*



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Vorsitzender Dietmar Brockes** weist darauf hin, dass die Sitzung per Livestream übertragen wird.

Der Ausschuss schließt sich der bundesweiten Schweigeminute zum Gedenken der zwei in Rheinland-Pfalz bei einer Verkehrskontrolle erschossenen Polizisten an.

## 1 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Niederlanden und der Benelux-Union

– Gespräch mit Andries Heidema (Kommissar des Königs der Provinz Overijssel, Niederlande) und Dr. Uta Loeckx (NRW-Verbindungsbüro der Benelux-Union)

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Sehr geehrter Herr Kommissar Heidema, sehr geehrte Frau Dr. Loeckx, ich möchte Sie ganz herzlich im Ausschuss für Europa und Internationales willkommen heißen. Herr Kommissar, es freut mich sehr, dass Sie uns heute in Präsenz zur Verfügung stehen. Frau Dr. Loeckx, herzlichen Dank dafür, dass Sie uns zugeschaltet sind.

Die grenzüberschreitenden Beziehungen sind für Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung. Dies gilt nicht nur, wenn man – wie ich und einige Kollegen – aus dem direkten Grenzbereich kommt. Die Niederlande sind unser größter Handelspartner. Deshalb freut es uns als Ausschuss auch, dass wir die Arbeit in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut haben.

Zum Ende unserer Legislaturperiode möchten wir ein Zwischenresümee der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ziehen, um darauf aufbauend zu sehen, wie diese in den kommenden Jahren fortgesetzt werden kann. Deshalb freut es mich, dass Sie uns hier einen Einblick in die Arbeit geben, Herr Kommissar.

Anschließend würde ich Frau Dr. Loeckx – sie unterhält das Verbindungsbüro zur Benelux-Union – bitten, uns über die Arbeit der Benelux-Union und über den meinen Informationen zufolge kürzlich verabschiedeten aktuellen Jahresplan aufzuklären. Damit steigen wir in die tagesaktuelle Arbeit ein.

Herr Kommissar, wir freuen uns zunächst auf Ihre Ausführungen.

**Andries Heidema (Kommissar des Königs der Provinz Overijssel, Niederlande):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Landtagsabgeordnete! Liebe hier im Landtag anwesenden oder digital zugeschalteten Gäste! Es ist mir eine große Ehre, heute als Redner in Ihr Haus eingeladen zu sein. Dass Sie mich als niederländischen Gast bitten, meine Erfahrungen mit Ihrem Ausschuss für Europa und Internationales hier in Ihrer Landeshauptstadt zu teilen, zeigt, wie wichtig Ihnen die Beziehungen zu den Niederlanden sind.

Dies freut mich sehr. Auch ich schätze unsere nachbarschaftlichen Kontakte und unsere Zusammenarbeit sehr. Miteinander in Kontakt zu sein und zu bleiben sowie immer zu fragen, was der andere tut, ist die Basis für jede Beziehung. Dies erleben wir alle, sei es auf privater Ebene zu Hause beim Abendbrot oder auf der politischen Ebene. Ihnen als Volksvertreter sage ich damit wahrscheinlich nichts Neues. Sie haben eine enge Beziehung zu Ihren Wählern, sind in Ihrem Wahlkreis verwurzelt und dort das ganze Jahr über aktiv – kurz vor den Wahlen vielleicht jedoch noch etwas intensiver.

Im internationalen Bereich gilt das Gleiche. Je besser man sich kennt und versteht, desto einfacher wird die Zusammenarbeit. Für dieses bessere gegenseitige Verständnis, muss ich Ihnen neben der Hauptspeise, meiner Leidenschaft für die grenzüberschreitende

Zusammenarbeit, einige historische Fakten des niederländischen Staatsrechts als Beilage servieren.

Wer steht hier vor Ihnen? Ich stelle mich gerne kurz vor. Mein Name ist Andries Heidemä, ich bin seit 2018 Kommissar des Königs in der Provinz Overijssel. Dieser beeindruckende Titel bedarf jedoch einer Erklärung.

Seit mehreren Jahrhunderten wird das Leben in den Niederlanden von unserem Kampf gegen das Wasser beeinflusst. Da unser Land teilweise unter dem Meeresspiegel liegt, begannen wir irgendwann, Deiche zu bauen, die das Land verschiedener Eigentümer durchkreuzten. Was das bedeutete, können Sie sich vorstellen: Wir waren gezwungen, zusammenzuarbeiten.

In einem solchen Prozess muss man alle Betroffenen mitnehmen, mit allen Parteien reden, auch die Kleinsten einbeziehen und alle miteinander verbinden. Wenn nur einer seinen Teil des Deichs nicht pflegt, bedeutet dies nämlich: Land unter für alle – wenn ich einen Bochumer Sänger zitieren darf.

Um zu gewährleisten, dass wirklich jeder gehört wird, werden auf Provinzebene die Kommissare des Königs und auf Gemeindeebene die Bürgermeister bestimmt. Sie sollen unabhängig agieren und die Menschen verbinden. Zwar gehören sie alle einer politischen Partei an, vertreten diese in ihrer Funktion aber nicht. Sie entziehen sich in gewisser Weise der Politik, genießen jedoch eine breite Unterstützung. Die Kommissare des Königs werden vom Provinzparlament in einem Auswahlverfahren bestimmt. Die Ernennung erfolgt letztlich durch die Zentralregierung und wird von unserem König bestätigt.

Genau wie ein Bundesland hat eine Provinz ein Parlament und eine Regierung – die Provinciale Staten und Gedeputeerde Staten. Die Rolle bzw. die Zuständigkeit einer Provinz unterscheidet sich aber in vielen Bereichen von der eines Bundeslandes. Ich möchte nicht ausführlich ins Detail gehen, aber vieles wird national, also von Den Haag aus, bestimmt. Provinzen sind unter anderem für Aspekte in den Themenbereichen „Natur“, „Umwelt“, „Wasser“, „Landschafts- und Raumordnung“ sowie für Teile der Infrastruktur oder die Förderung der regionalen Wirtschaft zuständig.

Meine Rolle dabei ist vielfältig. So bin ich Vorsitzender des Provinzparlaments sowie der Provinzregierung. Mit einem Ministerpräsidenten kann mich jedoch nicht direkt vergleichen, weil meine Rolle weniger inhaltlich ist. Ich kann einen sehr wichtigen Beitrag leisten, um die verschiedenen Lager zu verbinden, Menschen zueinanderfinden lassen, der Regierung wichtige Themen signalisieren und ihnen Nachdruck verleihen. Aber im klassischen Sinne „zuständig“ ist der Kommissar des Königs nicht oft.

Ich verrate Ihnen ein Geheimnis. Seit dem Sommer vergangenen Jahres ist „zuständig“ mein neues deutsches Lieblingswort. Kennengelernt habe ich es, als ich die interessante Aufgabe des koordinierenden Kommissars des Königs für grenzüberschreitende Arbeit von meinem Kollegen Theo Bovens aus Limburg übernehmen durfte.

Auch wenn wir Kommissare nicht immer alle Entscheidungen treffen, fehlt es uns keineswegs an Arbeit. Deshalb teilen wir uns der Effizienz wegen manchmal die Aufgaben. Somit stehe ich hier als Vertreter aller drei niederländischen Grenzprovinzen mit Nord-

rhein-Westfalen: Overijssel, Gelderland und Limburg. Ich betrachte es als eine meiner wichtigsten Aufgaben, dafür zu sorgen, dass wir und unsere Partner grenzüberschreitend jederzeit miteinander in Verbindung kommen, bleiben und Herausforderungen gemeinsam anpacken.

In Overijssel sprechen wir immer von „nabuurschap“, das heißt „Nachbarschaft“. Wir helfen einander in guten und in schlechten Zeiten. Diese Nachbarschaft ist das Fundament unserer Gesellschaft, und ich bin mir sicher, dass diese „nabuurschap“ über die Landesgrenze hinausgeht. Dies haben wir erfahren dürfen, als deutsche Krankenhäuser ihre Betten während der Pandemie für niederländische Coronapatienten zur Verfügung gestellt haben. Dies ist ein Beispiel dafür, dass gute Nachbarn in Krisen Grenzen überwinden können. Nochmals danke für Ihre Hilfe.

Unsere Beziehung als „nabuurs“ geht unendlich lange zurück und wird länger existieren, als wir selbst. Wir kennen und schätzen uns. Aber wie in jeder Beziehung kann es passieren, dass man denkt, zu wissen, was der Partner meint oder wünscht. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen beim Abendbrot zugeht. Mir jedenfalls wird von Zeit zu Zeit klar, dass ich besser einmal nachgefragt hätte.

Genauso betrachte ich die Beziehung zwischen Deutschland und den Niederlanden und insbesondere zwischen Nordrhein-Westfalen und den jeweiligen Grenzprovinzen. Wir haben und pflegen eine Beziehung fürs Leben, die uns allen viel bringt. 1958 fingen wir klein an und errichteten die Euregio. Es ist inspirierend, dass 129 Gemeinden, Kreise und Waterschappen bereits so lange zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit wird immer weiter ausgebaut. Entlang der gesamten niederländisch-deutschen Grenze und in ganz Europa entstehen mehr und mehr Euregios und gemeinsame Projekte.

Wir haben ein starkes Fundament, auf dem wir gemeinsam in intensivem Austausch weiterbauen. Auf beiden Seiten der Grenzen stehen wir vor großen Herausforderungen, zum Beispiel im Klimabereich, bei Hochwasserschutz, Dürre, Hitze und CO<sub>2</sub>-Ausstoß, und suchen nachhaltige Lösungen für die Deckung unseres Energiebedarfs.

Wir setzen uns in unseren beiden Ländern für kluge Maßnahmen ein. Im Niederländischen gibt es die Redewendung: Lass uns nicht beide das Rad neu erfinden. Benutzen wir doch Kenntnisse und Innovationen des jeweils anderen. Zusammen erreichen wir mehr. Streben wir im Interesse unserer Einwohner eine bessere Welt an.

Manchmal wird der Austausch dadurch ein wenig erschwert, dass wir die Sachen in Deutschland und in den Niederlanden gesetzlich und organisatorisch so unterschiedlich gestalten. Dies führt mich zu meinem Lieblingswort „zuständig“ zurück. Rasch habe ich gelernt, dass die erste Frage in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit fast immer lautet: Wer ist für dieses Thema zuständig? Kann man diese Frage nicht beantworten, kann man eigentlich nicht über den Inhalt sprechen.

Dies stellt uns vor die nächste Herausforderung. Auch wenn wir uns als Nachbarn ziemlich ähnlich sind, sind unsere Denkweisen und Einstellungen manchmal doch sehr verschieden. Wenn wir gemeinsam ein Problem lösen wollen, wollen die Niederländer immer schnell vorangehen, Ärmel hochkrempeln und – zack – ran an die Arbeit, bevor unser Land im Wortsinne überflutet wird. Wir sehen dann schon, wo wir rauskommen, und steuern später vielleicht nach. Auf Ihrer Seite der Grenze ist man doch etwas

vorsichtiger, erkundet die Situation, geht der Sache zuerst auf den Grund und fasst keine voreiligen Beschlüsse.

In solchen Momenten ist es immer wichtig, uns dann und wann gegenseitig klarzumachen, dass wir vergleichbare Ziele anstreben. Wir sollten gemeinsam Abendbrot essen und uns Zeit nehmen, um uns zu erklären, wie wir ticken und was wir brauchen, um uns zuzuhören und zu verstehen.

Nehmen Sie bitte kurz an meinem Küchentisch Platz. Sie stellen eventuell dieselbe Frage wie viele andere deutsche Partner in jüngster Zeit: Warum ist zwischen den niederländischen Parlamentswahlen im Mai und den Start der neuen Regierung im Januar so viel Zeit verstrichen? In Berlin fahren wir ohne Tempolimit. Was macht ihr da bitte?

Dann antworte ich: Wir haben keine Fünf-Prozent-Hürde im Parlament, und die Zeit der wenigen Großparteien ist vorbei. Darum finden auch sehr kleine Parteien den Weg in die Tweede Kamer, unser Parlament. Im Moment sind es sogar 19 Parteien. Zum zweiten Mal haben wir in Den Haag eine Koalition aus vier Parteien mit knapper Mehrheit. Die Bundesregierung ist aus nur drei Parteien zusammengesetzt, und Sie haben gesehen, wie schwierig es ist, drei Meinungen in einen Koalitionsvertrag aufzunehmen und dabei dennoch Einheit auszustrahlen.

Niederländer suchen immer nach dem Kompromiss. Nur kann es bei uns manchmal auch etwas dauern. Aus meiner Einleitung wissen Sie, warum wir seit Jahrhunderten Betroffenen und Parteien auf allen Ebenen zuhören wollen. Dafür gibt es sogar ein Verb: „polderen“. Wer weiß, vielleicht wird dies bald zu Ihrem neuen niederländischen Lieblingswort.

Umso mehr freut es mich, dass die neue niederländische Regierung in ihrem Koalitionsvertrag die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit angesprochen hat. Ministerpräsident Rutte hat gezeigt, dass es nicht nur bei Worten bleibt, indem er in der ersten Woche nach Amtsantritt eine Videokonferenz mit dem Ministerpräsidenten Wüst abhielt. Ich hoffe, dass im Herbst 2022 wieder Regierungskonsultationen zwischen Den Haag und Düsseldorf stattfinden.

Freunde sprechen oft am Küchentisch miteinander. Sie sagen mir vielleicht: So ein Gipfeltreffen ist schön und gut. Aber wieso besprechen wir das, was wir auf einer kleineren Ebene gemeinsam für unsere Grenzbewohner bewirken können, nicht als Nachbarn? – Dann pflichte ich Ihnen bei und sage, dass Sie nicht die einzigen sind, mit denen gut Kirschen essen ist. Regelmäßig setze ich mich im Zuge der in unserer Zuständigkeit liegenden Grenzlandagenda NRW-NL mit Minister Holthoff-Pförtner und seit Antritt der neuen Regierung mit der neuen niederländischen Ministerin für Inneres Bruins Slot zusammen.

Ich bin stolz auf das, was Herr Minister Holthoff-Pförtner, der ehemalige niederländische Staatssekretär Raymond Knops und der vorherige Koordinierungskommissar Bovens erreicht haben. Seit 2017 haben sie eine mehrschichtige Kooperationsstruktur mit allen Partnern etabliert, den Fokus auf Themen wie Arbeitsmarkt, Bildung, Mobilität und Sicherheit gelegt und die Aktivitäten in einer gemeinsamen Grenzlandagenda und einer jährlichen Grenzlandkonferenz gebündelt.

Vielleicht weniger sichtbar, aber ebenso wichtig für den Alltag unserer Grenzbewohner und unserer Grenzregionen war es, die Grenzen zwischen unseren Ländern während der Coronapandemie offenzuhalten. Gegenseitiges Vertrauen und gute Kommunikation waren die Grundlage dafür, unseren Grenzverkehrs aufrechtzuerhalten. In der Europäischen Union gelang dies nur noch in einem weiteren Grenzgebiet.

Konkrete Ergebnisse der neuen Kooperationsstruktur sind unter anderem der Ausbau der Beratungen zur grenzüberschreitenden Arbeitsvermittlung durch die Errichtung von SGA-Servicepunkten, Investitionen in einen 360-Grad-Arbeitsmarkt, feste Grenzinformationspunkte und die Stärkung des euregionalen Fokusses in der schulischen Bildung, unter anderem über Euregioprofilschulen.

In Sachen „Mobilität“ freue ich mich sehr über die Einführung eines grenzüberschreitenden Semestertickets, mit dem Studierende einfach mit der Bahn über die Grenze reisen können, und über die weiteren Entwicklungen beim Thema „E-Ticketing“. Natürlich ist auch der gemeinsame Katastrophenschutz nicht zu vergessen, die gemeinsame Bekämpfung von Hochwasser oder von Naturbränden.

Auf diesem Fundament kann ich mit dem nordrhein-westfälischen Europaminister und der neuen Ministerin für Inneres weiter aufbauen. Nach den Landtagswahlen und der Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen gehen wir in die nächste Phase unserer Beziehungen.

Die grenzüberschreitende Sicherheit, insbesondere die gemeinsame Bekämpfung der Kriminalität, ist für mich ein wichtiges Thema. Es gibt noch viel Raum für Verbesserung. Denn derzeit bietet unsere Grenze – von uns beiden unbeabsichtigt und ungewollt – eine Chance für die Kriminalität, weil unterschiedliche Gesetze und Strukturen durch Kriminelle ausgenutzt werden. Ich freue mich, dass in der Zusammenarbeit in diesem Bereich die ersten Schritte unternommen werden.

Außerdem werde ich mich zusammen mit den Kollegen und Partnern der Grenzlandagenda dafür einsetzen, weiterhin dynamisch auf solche aktuellen Entwicklungen einzugehen, bei denen grenzüberschreitend zusätzliche Kraftanstrengungen nötig sind, und dort thematische Akzente zu setzen.

Liebe Nachbarn, dass Sie mich heute eingeladen haben, belegt: Der Landtag und insbesondere der Ausschuss für Europa und Internationales misst der grenzüberschreitenden Arbeit einen hohen Stellenwert bei. Ich bin mir sicher, dies wird auch nach Mai 2022 so fortgesetzt.

Wir alle – Sie und ich – machen den Unterschied. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit liegt nicht nur in der Verantwortung eines einzelnen Politikers oder einer Behörde, sondern wird immer mehr zu einer Nachbarschaftsaufgabe. Ja, es gibt noch viel zu tun, aber gerade dies verspricht viele Momente der Begegnung.

Sie werden am 31. März an der Grenzlandkonferenz in Aachen teilnehmen. Bleiben wir miteinander im Gespräch, halten wir Augen und Ohren für einander offen, helfen wir uns gegenseitig. Sprechen wir uns aus, wenn es nicht perfekt läuft. Denn gute „naburs“ machen genau dies. Wir setzen uns zusammen, feiern Erfolge und stärken unsere Zusammenarbeit. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von allen Fraktionen)

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Kommissar Heidema. Sie haben viele wichtige und interessante Punkte angesprochen, die wir sicherlich gleich in der Aussprache noch vertiefen werden. Aber vorher möchte ich gerne Ihr Lieblingswort zitieren, nämlich die „Zuständigkeit“, und damit den Ball zu Frau Dr. Loeckx hinüberspielen, die über die Zuständigkeiten und die Arbeit der Benelux-Union informieren wird. Welche Funktion hat sie? Wie ist Nordrhein-Westfalen dort angebunden?

**Dr. Uta Loeckx (NRW-Verbindungsbüro der Benelux-Union [per Video zugeschaltet]):** Ich wäre heute gerne vor Ort bei Ihnen gewesen, kann derzeit jedoch nicht reisen. Leider kann ich auch den Jahresplan 2022 heute nicht vorstellen, weil er erst Mitte Februar veröffentlicht und von der luxemburgischen Präsidentschaft vorgestellt wird.

Möglicherweise würde der Generalsekretär der Benelux-Union diesen gern einmal persönlich in Düsseldorf im Ausschuss präsentieren. Wenn im Landtag Interesse besteht, geben Sie bitte Bescheid. Ich könnte versuchen, dies zu vermitteln.

Die Benelux-Union funktioniert auf Grundlage des 2008 geschlossenen Benelux-Vertrages. Die Staaten haben sich darauf verständigt, in nur drei Gebieten, nämlich „Binnenmarkt und Wirtschaft“, „Sicherheit“ und „Nachhaltigkeit und Digitales“, zusammenzuarbeiten. Für andere Bereiche, wie zum Beispiel „Kulturelles“, ist der Verband der Benelux-Union nicht der richtige Rahmen.

Inhaltlich arbeitet die Benelux-Union wie folgt: Sie setzt einen Mehrjahresplan auf. Darin wird strategisch festgelegt, welche Bereiche in den nächsten vier Jahren bearbeitet werden sollen. Der Jahresplan operationalisiert diesen Plan, indem er konkretisiert: Was wollen wir innerhalb eines Jahres umsetzen?

An diesem Jahresplan sind wir als Land Nordrhein-Westfalen beteiligt. Dies ist für uns immer die erste Beteiligungsmöglichkeit. Wir können Wünsche dazu äußern, woran wir gerne arbeiten würden. Die Benelux-Staaten beschließen, ob diese Wünsche aufgenommen werden. Meistens wird noch etwas gestrichen oder geändert.

Es ist ein bisschen schwierig, im Laufe des Jahres aufkommende Themen aufzunehmen. Stehen diese noch nicht im Jahresplan bzw. wurden sie noch nicht als strategisches Ziel ausgegeben, müssen sie wirklich den gesamten Entscheidungsprozess durchlaufen.

Ich stelle jetzt unsere Kooperationspunkte entlang der fünf strategischen Ziele des Mehrjahresplanes von 2021–2024 vor.

Das Erste ist ein Benelux-Binnenmarkt, der zum digitalen und grünen Aufschwung beiträgt. Dazu existieren – operationalisiert über die Jahrespläne – verschiedene Arbeitsgruppen. Zu vielen davon wurden wir eingeladen.

Die Internetplattform „Energie Expertise Netzwerk“ soll den Austausch eines interdisziplinären Netzwerks aus Wissenschaftsunternehmen, Universitäten, regionalen Projekten und kleinen Unternehmen ermöglichen, um die Energiewende zu fördern. Sie

richtet sich an alle, die im Bereich „Energiewende“ aktiv sind, zum Beispiel an Personen, die ein Unternehmen als Partner für die Umsetzung einer theoretischen Idee suchen. Als Land Nordrhein-Westfalen sind wir über unsere Landesgesellschaft für Energie und Klimaschutz daran beteiligt. Auch das Wuppertal Institut ist vertreten.

Das Netzwerk hat zudem konkrete Projekte mit der Benelux-Union organisiert. Unter anderem fand im Februar ein Expertenseminar zum Aufbau einer grenzüberschreitenden Wasserstoffinfrastruktur und zum Wasserstofftransport statt. Dieses war der Startschuss für eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel, eine Roadmap zu erstellen, den Bedarf innerhalb der Benelux-Union zu ermitteln und zu prüfen, wo es an Infrastruktur fehlt.

Wir als Land NRW sind schon ein Stück weiter, weil wir diese Wasserstoff-Roadmap für Nordrhein-Westfalen bereits haben, und können uns daher mit unseren Erkenntnissen und unseren Daten an der Benelux-Wasserstoff-Roadmap beteiligen.

Im Bereich „Wasserstoffmobilität“ geht es zudem um den Aufbau der entsprechenden Tankstellen für Tanker, für die Schifffahrt und die Lkws und darum, diese für die Bepankung aufeinander abzustimmen.

Wir haben auch den TRILOG der Chemischen Industrie miteinbezogen und mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Infrastruktur, Herrn Deimel, über seine Erfahrungen mit dem Thema gesprochen. Meines Erachtens fanden auch die Benelux-Länder seine Erkenntnisse dazu, wie eine grenzüberschreitende Infrastruktur funktioniert und wo die Probleme zum Beispiel bei Genehmigungsprozessen liegen, sehr interessant. Es ergeben sich viele Synergieeffekte, auch weil es zum Teil um Akteure aus der Chemieindustrie geht, die den Wasserstoff sowohl produzieren als auch benötigen.

Schon im vergangenen Jahr wurde eine neue Arbeitsgruppe zur Zusammenarbeit in der Frage der Luftqualität, einem weiteren für den Binnenmarkt wichtigen Bereich gegründet. Dieses Jahr soll eine politische Erklärung der Benelux-Staaten dazu verabschiedet werden. Dabei wird es um die Modellierung von Emissionen, um die Einbeziehung von Bürgern, um Fragen des Verkehrs und der intensiven Tierhaltung gehen. Das MULNV hat sehr engagiert daran mitgearbeitet. NRW wird deswegen auch eingeladen werden, sich dieser politischen Erklärung anzuschließen.

Zur Kreislaufwirtschaft soll wahrscheinlich dieses Jahr eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden und sich mit Themen wie „Single-Use-Plastic“ oder „Reparatur von Geräten“ befassen. Es sieht so aus, als würden wir als Land Nordrhein-Westfalen dann auch eingeladen, daran teilzunehmen.

Wirtschaft ist ohne Mobilität natürlich nicht denkbar. In diesem Bereich arbeiten wir ausgesprochen eng zusammen. In Bezug auf die nachhaltige Mobilität – die Radverkehrspolitik – wird derzeit geschaut, wie man Radmobilität grenzübergreifend am besten fördern kann. Dabei geht es auch um den Erfahrungsaustausch. Zum Beispiel steht bereits ein Termin zum Thema „Sicherheit für Senioren im Radverkehr“.

Herr Heidema hatte vorhin schon über das grenzüberschreitende E-Ticketing gesprochen. Dies ist ein Projekt von Mobility as a Service, MaaS, das im Dreiländereck Aachen durchgeführt und auf Beneluxebene bearbeitet wird. Derzeit befinden wir uns in der ersten Phase, das heißt, bei der Bestandsaufnahme. Was gibt es schon an

digitalen Lösungen? Wo muss man etwas aufbauen? Gibt es Überschneidungen? Wo muss etwas neu eingerichtet werden? Es ist derzeit ein Living Lab.

Als Letztes würde ich gern die Frage der digitalen Frachtbriefe in der Binnenschifffahrt erwähnen. Daran wurde in den vergangenen Jahren sehr viel gearbeitet, es ruht jetzt jedoch ein bisschen, weil die Benelux-Union derzeit an den digitalen Frachtbriefen im Lkw-Bereich arbeitet. Damit nimmt sie innerhalb der EU eine Vorreiterrolle ein. Die Erkenntnisse daraus sollen anschließend sowohl auf EU-Ebene den anderen Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt, als auch von der Arbeitsgruppe zur Binnenschifffahrt miteinbezogen werden.

Das zweite strategische Ziel im Mehrjahresplan ist ein gemeinsamer Sicherheitsraum. Herr Heidema hat vorhin schon daraufhin gewiesen, wie wichtig dieser ist. Wir arbeiten in diesem Bereich schon seit vielen Jahren sehr eng und erfolgreich mit der Benelux-Union zusammen. Dabei geht es unter anderem um Aus- und Fortbildung, um die Zusammenarbeit der Leitstellen und um den grenzüberschreitenden Einsatz der Polizei.

So wurde zum Beispiel im vergangenen Jahr eine Landkarte erstellt, um zu klären, wen man bei einem grenzüberschreitenden Sachverhalt benachrichtigen muss. Betrifft dieser die Polizeistation jenseits der Grenze? Wer ist dafür zuständig?

An zwei neuen Gruppen waren wir von Anfang an beteiligt. Diese möchte ich besonders hervorheben. Die erste befasst sich mit Drogenkriminalität, und zwar mit dem Schwerpunkt „Informationsaustausch und gemeinsame Bildgebung bei der Versendung von Drogen“. Dieses Thema hat besonders während der Coronapandemie an Bedeutung gewonnen. Wir haben dabei die Justiz und vonseiten der NRW-Delegation auch den Zoll miteinbezogen, weil dies für uns alle einen großen Mehrwert bedeutete.

Auch in der zweiten Arbeitsgruppe zum Thema „Cybercrime“ arbeiten wir eng mit den Benelux-Staaten zusammen. Vier Expertenuntergremien sollen sich jeweils in ihrem Bereich austauschen. Wenn Sie daran Interesse haben, kann ich gleich ein bisschen mehr dazu erzählen, was in diesen Arbeitsgruppen passiert.

Kinderpornografie ist dort leider kein Thema, weil diese von den Benelux-Staaten nicht unter „Cybercrime“ sondern in einer eigenen Kategorie erfasst wird und auch nicht zu den in den Jahresplänen festgehaltenen zu bearbeitenden Themen gehört. Wir haben es allerdings mit Unterstützung des Generalsekretariats geschafft, zwei informelle Expertenmeetings mit den Beneluxstaaten durchzuführen. Diese liefen aber nicht unter der Flagge der Benelux-Union.

Wir überlegen derzeit, wie wir trotzdem eine formelle Arbeitsgruppe einrichten könnten. Die Beneluxländer haben oft den Gedanken, mit dem Bund zusammenzuarbeiten, weil dies im Bereich „Europol“ bereits gut funktioniert. Wir bemühen uns derzeit, deutlich zu machen, dass das BKA die Information auch nur weitergibt und die echte, operationelle Arbeit vor Ort in den Ländern stattfindet. Ich bin recht zuversichtlich, dass wir es schaffen, auch dazu eine formelle Arbeitsgruppe aufzubauen.

Zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Strafvollstreckung ist bereits eine Arbeitsgruppe vorhanden. Zudem arbeiten wir an einer weiteren zum Steuerbetrug beim Handel mit Elitepferden.

Das dritte strategische Ziel im Mehrjahresplan ist die „smarte Benelux-Union“, die Bürger und Unternehmen miteinander verbindet. In diesem Zusammenhang finde ich den Infopoint Benelux Retail sehr schön, der vergangenes Jahr eingerichtet wurde. Einzelhandelsunternehmen erhalten auf diesem sehr umfassenden Portal alle Informationen, die sie benötigen, um ein Einzelhandelsunternehmen in einem anderen Beneluxland zu eröffnen: Wie bekomme ich Subventionen? Welche steuerrechtlichen Dinge muss ich beachten? Wie gestaltet sich das Arbeitsrecht? Wie komme ich an Genehmigungen?

Ich arbeite gerade daran, dass wir uns dem als Land NRW anschließen können, und es sieht gut aus. Wir könnten dies vielleicht im Rahmen eines ohnehin stattfindenden Festaktes zur Feier von 30 Jahren EU-Binnenmarkt lancieren, benötigen jedoch noch die offizielle Genehmigung.

Das vierte strategische Ziel ist die „verantwortungsvolle Zusammenarbeit bei gemeinsamen Maßnahmen in Krisensituationen“. Die Krisenzentren arbeiten schon seit vielen Jahren eng und sehr erfolgreich zusammen. Es geht darum, im Fall eines Unfalles, einer Großschadenslage, Informationen in Echtzeit auszutauschen. Im September hat auf Initiative von NRW ein Kommunikationstest zwischen den Krisenzentren stattgefunden. Dieser war auch erfolgreich, wenngleich ein paar kleine Pannen gezeigt haben, wo man noch nachsteuern muss. Zudem sollen Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Einsatz von Servicekräften geschaffen werden.

Der letzte Punkt betrifft die Frage der regionalen Zusammenarbeit und der europäischen Integration, bei der es um grenzbedingte Hemmnisse des Arbeitsmarktes geht. Allerdings ist unsere Arbeit eher eine kleine Ergänzung, weil wir in der Frage bilateral mit allen Beteiligten schon extrem gut unterwegs sind.

Vielleicht ist Folgendes noch für Sie interessant: Die Benelux-Union hat eine Verabredung mit den baltischen Staaten getroffen, die eine unmittelbare Anerkennung von Hochschuldiploma ermöglicht. Die Beneluxstaaten wünschen sich eine solche auch mit Deutschland.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf Corona eingehen. Wir waren von Anfang an in einer Arbeitsgruppe der Außenministerien vertreten, die sich ohnehin regelmäßig und unter anderem einmal im Monat zum Thema „Corona“ trifft. Diese Gruppe arbeitet ähnlich wie unsere diesbezügliche Taskforce. Der Mehrwert dieser Treffen besteht für uns darin, zu erfahren, was in Luxemburg bzw. in der gesamten Grande Région und in Nordfrankreich passiert.

Noch interessanter ist aber die Teilnahme an den Covidtreffen der Leiter der in den Beneluxstaaten für die Pandemiepolitik zuständigen Krisenzentren. In dieser Arbeitsgruppe tauscht man sich über die Umsetzung der Politik aus. Die Mitglieder haben ihre Informationen aus erster Quelle und diskutieren vorab, welche Maßnahmen im Gespräch sind. Dort wurde unter anderem über die Impfkampagnen und die Sicherung von Impfransporten gesprochen.

Zuerst hieß es, Nordrhein-Westfalen brauche nicht dabei zu sein, weil Nationalstaaten zuständig seien. Ich hatte das Glück, vom Generalsekretariat als Teilnehmerin mitgenommen worden zu sein. Nach und nach kam dann die Erkenntnis, die Beteiligung

von NRW bringe durchaus Mehrwert und sei interessant. Wir müssen immer wieder dafür kämpfen, als Nordrhein-Westfalen wirklich Partner auf Augenhöhe wahrgenommen zu werden. Nicht immer ist dies allen klar. So war es auch bei der Bekämpfung von Kinderpornografie.

Die Kooperation Nordrhein-Westfalens mit der Benelux-Union wird anderswo jedoch durchaus wahrgenommen. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, dass die drei deutschen Botschaften in den Benelux-Staaten mich gebeten haben, unsere Arbeit vorzustellen, und den Austausch gerne noch mehr fördern würden.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Ganz herzlichen Dank, Frau Dr. Loeckx, für Ihre Ausführungen. Sie haben einen sehr bunten Strauß an Themen angesprochen. Viele Punkte werden sicher noch zur Diskussion anregen. Deswegen möchte ich jetzt gerne den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit geben, entsprechende Fragen an unsere beiden Gäste zu richten.

Ich würde vorschlagen, dass wir die Fraktionen der Reihe nach durchgehen. Für die CDU-Fraktion gebe ich Herrn Kollegen Dr. Optendrenk das Wort, der auch Vorsitzender der Parlamentariergruppe NRW-Benelux ist.

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Einen schönen guten Morgen. „Van harte welkom“ hier in Düsseldorf. Ich bedanke mich auch für unsere Fraktion sehr herzlich für die Gelegenheit zu diesem Austausch. Die „koffietafel“ ist hier zwar ein bisschen groß geraten, und es fehlt auch „vlaai“, aber ich hoffe, Sie fühlen sich hier bei uns dennoch wohl.

Ich möchte gerne mit dem Thema „Sprache“ beginnen. Das Sprechen einer gemeinsamen Sprache erleichtert häufig das Miteinander von Menschen. Sie sprechen vorzüglich Deutsch, Herr Kommissar. Bei uns sprechen nur relativ wenig Menschen vorzüglich Niederländisch. Wir bemühen uns parteiübergreifend darum, gerade in den Grenzregionen dafür zu werben, dass es wieder mehr werden. Denn dies ist nicht nur sehr hilfreich für den Urlaub in Zeeland, sondern auch sehr wichtig für das gegenseitige Verstehen in der Grenzregion.

In der Provinz Limburg gab es in der letzten Wahlperiode – in deren Koalitionsvertrag – intensive Bemühungen, dieses „taal“-Thema anzusprechen. Corona kam jedoch bei der Förderung vieler Projekte dazwischen. Welche Perspektiven sehen Sie für eine mögliche stärkere Förderung vor Ort in den Grenzregionen, nachdem Deutsch in den Niederlanden insgesamt ein Stück weit zurückgestuft worden ist und das Duitsland Instituut Amsterdam im vergangenen Jahr entsprechend Alarm geschlagen hat?

Ich kann mir vorstellen, dass die Port Authority of New York aus Sicht von Den Haag teilweise näher zu sein scheint als Düsseldorf. Auch Berlin glaubt manchmal, Shanghai näher zu sein als uns. Insofern gibt es Parallelen. Ich würde dieses Thema jedoch gerne ganz besonders ansprechen, weil es das Miteinander insbesondere der jungen Generationen beeinflusst.

Auch das Thema „Sicherheit“ ist für uns ganz entscheidend. Damit haben Sie natürlich recht. Auf beiden Seiten der Grenze denkt man häufig, dass sich die bösen Buben auf

der jeweils anderen Seite verstecken. Der Ort, an den sie angeblich gefahren sind, um etwas zu verbergen, das sie diesseits der Grenze getan haben, ist immer die Scheune jenseits derselben.

Wie sehen Sie die praktischen Chancen eines sehr konkreten „nederlandse aanpak“, um bei diesem Thema voranzukommen? Wir haben meines Erachtens in Deutschland genügend Konzepte entwickelt und wären jetzt auch bereit anzupacken. Können wir mit Ihrer neuen Regierung schnell Lösungen angehen?

**Sebastian Watermeier (SPD):** Sehr geehrter Herr Kommissar Heidema, sehr geehrte Frau Dr. Loeckx, vielen Dank für die umfangreichen und wirklich sehr erkenntnisreichen einführenden Vorträge. Ich möchte unsere drei im Vorfeld formulierten Fragestellungen kurz vortragen.

Die erste Frage bezieht sich auf den grenzüberschreitenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen den Regionen Twente und Münsterland. Herr Kommissar Heidema, wie hat sich – aus der Perspektive Ihrer administrativen Zuständigkeit heraus betrachtet – dieser sehr umfassende und etablierte Austausch unter den Bedingungen der Coronapandemie entwickelt, die persönliche Kontakte sehr erschwert hat?

Die Fragen zwei und drei richten sich an Sie beide:

Wie ist Ihre Bilanz der Cross-Boarder Task Force Corona zwischen Belgien, den Niederlanden und NRW seit ihrer Einsetzung im März 2020 für die Provinz Overijssel?

Wie bewerten Sie das Ergebnis des NRW.Dialog.BENELUX? Ein Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen ist vorgelegt worden. Würden Sie einigen dieser Handlungsempfehlungen höchste Priorität einräumen?

**Thomas Nüchel (FDP):** Herr Kommissar Heidema, wie ich gehört habe, lautet Ihr Lieblingswort „Zuständigkeit“. In Deutschland wird dieses gar nicht so oft gebraucht. Wir sehen vieles negativ und fragen wir lieber: Wer ist verantwortlich? Es ist etwas nicht oder falsch gelaufen – wer ist schuld? Insofern finde ich „zuständig“ schon fast optimistisch.

Sie haben selbstkritisch erwähnt, in Den Haag sei so lange für die Regierungsbildung gebraucht worden. Meiner Meinung nach ist dies gar nicht so schlimm, weil die Niederlande bei anderen Dingen, wie der Umsetzung von Projekten, viel fixer als die Deutschen sind. Dies sehen wir bei den Verkehrswegen. Bei der Betuwe-Linie liegen auf der niederländischen Seite schon die Schienen und wir diskutieren noch, wer wo den Spaten für den ersten Spatenstich kauft. Insofern würde ich fast sagen: Es läuft bei Ihnen vielleicht sogar besser.

Sie haben alle Fragen, die wir gestellt haben, eigentlich schon beantwortet. Ich will diese auch gar nicht wiederholen. Ich habe aber am Schluss etwas nicht verstanden. Sie sagten: Wir könnten demnächst ein anderes Lieblingswort haben, nämlich „polderen“ oder so ähnlich. Was heißt das?

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Vielen Dank auch meinerseits Herr Kommissar Heidema. Schön, dass Sie heute hier sind. Ich würde gerne noch einmal auf die Frage eingehen, die vom Kollegen der SPD-Fraktion schon angesprochen wurde. Wie sind Ihre Erfahrungen bezüglich der Zusammenarbeit bei der Pandemiebekämpfung im Rahmen der Cross-Border Task Force? Welche Lehren ziehen Sie perspektivisch betrachtet ganz konkret daraus? Was muss in solchen Krisensituationen in der Zusammenarbeit vielleicht ganz anders aufgegriffen werden?

Mit welchen Positionen bringt sich Ihre Provinz ganz konkret in die Konferenz zur Zukunft Europas ein? Könnten Sie diesbezüglich einige herausstechende Positionen erwähnen?

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Herr Kommissar und Frau Dr. Loeckx – vielen Dank auch von unserer Seite. – Ich habe, anschließend an das, was der Kollege Optendrenk vorhin schon gesagt hat, nur eine Frage. Wir hatten vor geraumer Zeit einen Vertreter des Deutsch-Niederländischen Jugendwerks hier im Ausschuss. Dieser hat ein bisschen über mangelnde öffentliche Unterstützung geklagt. Ist mehr gemeinsame Unterstützung für den Jugendaustausch und die Jugendarbeit geplant?

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Wir haben die Fragen gesammelt. Herr Kommissar, ich schlage vor, Sie beginnen mit der Beantwortung und Frau Dr. Loeckx schließt sich an.

**Andries Heidema (Kommissar des Königs der Provinz Overijssel, Niederlande):** Deutsch ist nicht meine Muttersprache, aber vielen Dank für die Komplimente. Vielen Dank auch dafür, dass Sie mir die Fragen schon vorher zur Verfügung gestellt haben, sodass ich mich ein bisschen habe vorbereiten können.

Zur Cross-Border Task Force Corona. In Bezug auf die Pandemie lief in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vieles gut. Die Grenzen blieben offen. Die Wege waren kurz. In der Taskforce wurde gemeinsam an Lösungen für akute Probleme gearbeitet. Zum Beispiel wurde in grenzüberschreitender Arbeit eine schnelle Lösung für die Auswirkungen des pandemiebedingten Homeoffices auf die Lohnsteuer der Grenzpendler gefunden. Bei Problemen der sozialen Sicherheit wurde zudem die EU-weite Koordinierung genutzt, um diese schnell und pragmatisch zu lösen.

So erfolgreich diese Lösungen auch waren, strukturell waren sie nicht. Sie haben den ersten Schmerz der Pandemie gelindert. Wie aber geht man in Zukunft mit neuen Situationen um, zum Beispiel mit Homeoffice als festem Bestandteil der Arbeitswelt?

Grundsätzlich haben wir im Rahmen der Grenzlandkonferenz in Enschede im September 2021 in der Coronaerklärung mit Minister Holthoff-Pförtner und Staatssekretär Knops festgestellt, dass in einer Krise frühzeitige Kommunikationen zu neuen internationalen Maßnahmen notwendig ist.

Es ist aber noch Luft nach oben. Arbeiten zwei benachbarte Staaten unabhängig voneinander an Vorschriften und Regeln, sind Widersprüche und Grenzeffekte nicht nur in der Krise unvermeidbar. Die gegenseitige Information über neue Regeln darf daher

nicht erst erfolgen, wenn diese in Kraft treten, sondern bereits, während sie gestaltet werden. Dies ist meiner Meinung nach eine wichtige Lehre aus der Coronapandemie.

Die Konferenz zur Zukunft Europas, zu der ich gefragt wurde, ist eine sehr gute Initiative. Auch in Oost-Niederland, in Overijssel, Gelderland, findet zum Beispiel am 14. und 15. Februar ein Workshop mit Jugendlichen zu dem Thema statt. Wenn der Ausschuss der Regionen in Marseille zusammenkommt, steht die Zukunft Europas ebenfalls auf der Agenda.

Auch beim Bahnverkehr ist noch Arbeit zu leisten. Einerseits ist eine schnelle grenzübergreifende ICE-Verbindung, andererseits auch die regionale Verbindung sehr wichtig. Ich nenne hier EuregioRail, die Schienenverbindung zwischen Zwolle, Twente, Münster und Dortmund. Es existiert bisher keine durchgehende, hochwertige Verbindung. Wir brauchen diese, arbeiten auch gemeinsam daran, müssen dies aber auch weiterhin tüchtig tun, weil es sehr wichtig ist.

Zum Thema „Sicherheit“. Für uns ist dieses Thema sehr, sehr wichtig, und es wäre möglich, Fortschritte zu machen. Die Organisation, die Verteilung der Zuständigkeiten und der Informationsaustausch in Deutschland unterscheiden sich sehr von den Gegebenheiten in den Niederlanden, wo zum Beispiel private Informationen über Unternehmer oder über Personen zwischen Gemeinden, Polizei usw. ausgetauscht werden können. Dies ist sehr wichtig, um sich ein Bild vom Geschehen zu machen.

In den Niederlanden werden zum Beispiel Millionen an Drogengeld verdient, mit denen in Deutschland Häuser und andere Gebäude gekauft werden, während normale Menschen Probleme mit immer höheren Preisen haben. Arbeitnehmer, Arbeitsmigranten, wohnen in Deutschland unter erbärmlichen Umständen und werden jeden Tag auf die andere Seite der Grenze gefahren, um zu arbeiten. Es könnte noch vieles verändert werden, und es wären noch viele Hindernisse und Probleme anzupacken, um einander besser zu informieren.

Zur deutschen Sprache. Wir haben das Gefühl, dass Sie es in Deutschland besser machen, als wir. Die niederländische Sprache wird in deutschen Schulen öfter unterrichtet, als die deutsche Sprache in den Niederlanden, und der Unterricht ist besser organisiert. Auch dies hängt damit zusammen, wer jeweils verantwortlich ist. In Deutschland liegt es in der Zuständigkeit der Bundesländer. In den Niederlanden spielen die Provinzen dabei keine Rolle. Den Haag formuliert die Regeln.

Allerdings verfügen Schulen über relativ viel Freiheit und können selbst bestimmen, was sie machen. Meiner Meinung nach ist dies eine Herausforderung für die Niederländer. Wir haben bereits Initiativen in verschiedenen Schuleinrichtungen an der gesamten deutsch-niederländischen Grenze gestartet, sodass auch mehr Schüler in den Niederlanden Deutsch lernen.

Wir als Provinz unterstützen dies von Herzen, um die euregionalen Kompetenzen auch bei den Niederländern weiter zu stärken. Dabei geht es nicht nur um die Sprache, sondern auch um die Kultur: Wie tickt der andere? Wie funktioniert etwas in Deutschland und wie in den Niederlanden? Dies ist sehr wichtig.

Was war die Konsequenz der Pandemie für die Zusammenarbeit der Region Münsterland – Twente? Wir haben 2018 ein gemeinsames Memorandum zu Themen wie Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung usw. geschrieben. Natürlich hat die Coronapandemie die persönlichen Kontakte und verschiedene Projekte behindert, aber wir haben – auch unter der Flagge der Grenzlandagenda – tüchtig weitergearbeitet und tun dies noch, obwohl es etwas anderes ist, über einen Bildschirm miteinander zu sprechen und zu Ergebnissen zu kommen, als dies im persönlichen Kontakt zu tun. – Ich hoffe, damit die meisten Fragen beantwortet zu haben.

**Dr. Uta Loeckx (NRW-Verbindungsbüro der Benelux-Union [per Video zugeschaltet]):** An mich war meinem Verständnis nach nur eine Frage zur Taskforce gerichtet. Ich kann dazu nur sagen, dass die von uns aufgebaute Taskforce in den Benelux-Staaten sehr angesehen ist und von diesen auch als Erfolgsmodell betrachtet wird.

Die Benelux-Staaten nutzen die in diesem Rahmen gelieferten Daten jetzt oft für ihre eigenen Arbeitsgruppen. Wir haben unter anderem ein Beispiel dafür geliefert, wie man ganz einfach zeigt, welche Regeln in anderen Staaten gelten. Diese Informationen werden seit anderthalb Jahren auch auf Beneluxebene veröffentlicht, sodass man weiß, was man beachten muss, wenn man in ein anderes Land fährt.

Wir haben die richtigen Fachleute und Partner zusammen, und ich habe durch die zwei Coronagruppen auf Beneluxebene manchmal einen Informationsvorsprung. Dies zeigt, wie gut die Taskforce funktioniert. Wenn einmal nicht ganz klar ist, wie etwas funktioniert, kann ich weitergeben, was in der Taskforce besprochen wurde. Es wird auch sehr geschätzt, dass die Grenzen von Nordrhein-Westfalen aus zu den Benelux-Staaten hin offen blieben.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen der ersten Runde. Gibt es weitere Fragen?

**Dr. Günther Bergmann (CDU):** Herr Heidema, ich gehöre zu den Abgeordneten aus der Grenzregion – „gedeputeerde van Kleef“. Insofern können Sie sich vorstellen, dass ich mit Ihnen gerne über Hochwasser sprechen würde. Dies tue ich jedoch erstmal nicht.

Ich bin sehr dankbar, dass Sie vorhin die kulturelle Zusammenarbeit erwähnt haben. Wir sind mit „Limes Nederrijn“ eigentlich ein Pilotprojekt, weil die alten Gebiete des Herzogtums Kleve auf der niederländischen Seite von der Sprache her so eng miteinander verbunden waren. Auch hierbei handelt es sich wie auf vielen anderen Gebieten um ein Generationenprojekt. Die Alten haben es als wichtig erkannt und pflegen es. Bei den Jungen geht es verloren.

Ich könnte noch die A1-Bescheinigung, die ich als sehr große Erschwernis im grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Zusammentun empfinde, und die Entgasung der Schiffe auf dem Rhein thematisieren, möchte aber lieber über die Sicherheit und die gemeinsamen Teams jenseits und diesseits der Grenze sprechen. Unabhängig davon, ob Sie es von der „nederlandse kant“ oder der „duitse kant“ betrachten, ist es seit der Umstrukturie-

rung bei der Polizei auf der niederländischen Seite ein großes Problem geworden, die richtigen Ansprechpartner zu finden.

Was wir als Land und als Bund bzw. auf der niederländischen Seite die Marechaussee und die Landpolitie nicht schaffen, wurde früher durch persönliche Kontakte ausgeglichen. Die Leute kannten sich und riefen sich an. Durch die veränderte Struktur auf der niederländischen Seite sind diese persönlichen Kontakte oftmals weggebrochen.

Ich komme jetzt zu Ihrem Lieblingswort „zuständig“. Es ist eine Katastrophe, dass sich auf deutscher Seite manchmal die Landespolizei, manchmal die Bundespolizei für zuständig hält und zusätzlich der Zoll eine ganz große Rolle spielt. Wenn Drogen festgestellt und beschlagnahmt werden, ist die Polizei sofort raus, dann kommt der Zoll ins Spiel.

Auch der Austausch von Daten ist in Deutschland eine Katastrophe, wegweisend ist dabei die niederländische Seite. Wenn die Polizei hinter einem Auto herfährt und mit dem Handy das Kennzeichen erfasst, wird dieses sofort angezeigt. Davon träumen die deutschen Kollegen.

In der Konsequenz benötigen wir für die grenzüberschreitenden Polizeiteams, die GPTs, die Landespolizei, die Bundespolizei, den Zoll, die Marechaussee und die jeweilige Landespolizei auf Provinzebene – zum Beispiel Gelderland und Overijssel – einen gemeinsamen Standort.

Wie können Sie von der Provinzialebene aus in Den Haag Druck aufbauen, damit wir dies von Düsseldorfer Seite aus auch in Berlin schaffen, sodass wir endlich von Bad Bentheim, wo das schon besteht, runter bis nach Aachen – also auch gemeinsam mit Belgien – eine Perlenkette solcher Standorte hinbekommen und den grenzüberschreitenden Polizeiteams einfach einen Raum zur Verfügung stellen, in dem sie sich austauschen können?

Die Organisierte Kriminalität kann die Ebenen nämlich wunderbar gegeneinander ausspielen, und wir alle gucken nur blöd aus der Wäsche. Diesbezüglich würde ich um Ihre Unterstützung bitten und fragen: Was können wir tun?

**Oliver Krauß (CDU):** Frau Dr. Loeckx, gestatten Sie mir die Bemerkung, dass es natürlich immer Mehrwert hat, wenn Nordrhein-Westfalen dabei ist. Sie kennen Nordrhein-Westfalen und wissen das. Aber auch uns ist es wichtig, dies noch einmal festzustellen.

Mittlerweile besteht auf Ebene der Benelux-Union eine vertiefte Zusammenarbeit zu einer ganzen Reihe von Themenfeldern. Sie haben den Arbeitsmarkt, das Transportwesen, den Verkehr, sowie Polizei und Justiz angesprochen. Wo stehen wir aus Ihrer Sicht bei dem erklärten Ziel, mittel- bis langfristig zu einem gemeinsamen Lebens- und Arbeitsraum zusammenzuwachsen? Gibt es Ihrer Erfahrung nach neue Felder, die in der Zukunft für eine vertiefte Zusammenarbeit infrage kommen?

**Sebastian Watermeier (SPD):** Herr Krauß, ich habe mich zwar zunächst geärgert, dass der Vorsitzende Sie vor mir drangenommen hat, aber es war eigentlich total

super, weil Sie die lebensrealen Fragen der Beneluxzusammenarbeit und insbesondere das Thema „Arbeitsmarkt“ angesprochen haben.

Frau Dr. Loeckx, die schwarz-gelbe Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel der Stärkung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes verankert, ist zunächst auch tätig geworden und hat im Rahmen der EURES-Kooperation ein landesweites System der digitalen Arbeitsvermittlung mit grenzüberschreitenden Bezug angekündigt.

2019 haben wir dazu nachgefragt. Die Landesregierung antwortete, das Land besitze die Kompetenz – im Sinne von Zuständigkeit, nicht im Sinne von Fähigkeiten – für ein solches Projekt überhaupt nicht und habe mittlerweile Abstand von diesem Projekt genommen. Steht denn in der Beneluxzusammenarbeit eine weitere Implementierung einer digitalen Arbeitsvermittlung mit grenzüberschreitenden Bezügen auf der Agenda? Wird dies weiterverfolgt, oder findet dieses Ziel mit Bezug auf Nordrhein-Westfalen doch keinen Niederschlag?

Zur Lebenswirklichkeit in grenznahen Regionen gehört auch die Kinderbetreuung, also Kitabesuche und grenzüberschreitende Schulbesuche. Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, dass dies deutlich gestärkt werden sollte. 2019 hat sie aber zugeben müssen, es sei eigentlich schon längst möglich. Daten zu den grenzüberschreitenden Schul- und Kitabesuchen lägen jedoch nicht vor.

Verfügt die Benelux-Union über diesbezügliche Daten? Weiß man, wie Kita- und Schulkinder von einer Seite der Grenze jeweils im Bildungssystem auf der anderen verortet sind und wie sich die Zahlen entwickelt haben?

**Thomas Nüchel (FDP):** Frau Loeckx, wir haben in Nordrhein-Westfalen kein gekröntes Haupt, sonst wären wir vielleicht ein Mitglied der Benelux-Union. Ich hörte mal bei einer Veranstaltung von flämischen Liberalen, sie wünschten sich, wir in Nordrhein-Westfalen gäben Anstöße dafür, das institutionelle Verhältnis noch ein bisschen produktiver zu gestalten.

Ihrer Beschreibung zufolge können wir in Nordrhein-Westfalen Wünsche äußern oder uns anschließen, wenn die Benelux-Union Beschlüsse fasst oder sich Themen vorgenommen hat und Arbeitsgruppen bildet. Sollten wir in Nordrhein-Westfalen ein bisschen Gas geben, weil mehr möglich wäre, oder ist das illusorisch?

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Frau Dr. Loeckx, meine Frage bezieht sich auf die europäische Integration. Dabei müssen natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden. Ich finde Beteiligungsprozesse sehr spannend. 2019 wurde der NRW.Dialog.BENELUX umgesetzt. Welche konkreten Ideen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger aus diesen Beteiligungsprozess wurden bereits umgesetzt? Welche weiteren Beteiligungsformate existieren in der Benelux-Union?

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann würden wir jetzt in die Beantwortung gehen. Herr Kommissar, ich würde Ihnen wieder zuerst das Wort geben, bitte schön.

**Andries Heidema (Kommissar des Königs der Provinz Overijssel, Niederlande):**

Zu der Frage zur Sicherheit und zu der grenzüberschreitende Bekämpfung der Kriminalität. Ich habe den Grenzposten an der A1 besucht, an dem Polizei, Zoll und andere Parteien zusammenarbeiten, bin im Streifenwagen mitgefahren, habe mir die Arbeit angesehen und mit den Leuten gesprochen. Ich habe dort etwas sehr Wichtiges gehört und gesehen: Durch praktische und sehr pragmatische Zusammenarbeit sowie Möglichkeiten zum Informationsaustausch kann man bessere Resultate erzielen.

Ich nehme Ihren sehr wichtigen Hinweis mit, dass mit der Änderung der Polizeistruktur von der Regionalpolizei hin zur Nationalen Polizei die Kontakte nicht mehr so gut wie früher sind, und gebe diesen an meine Ansprechpartner bei der niederländischen Polizei weiter. Vielleicht können wir auf diese Weise die Kontakte auf persönlicher Ebene wieder aufbauen.

Ein weiterer Ansatzpunkt zur Verbesserung wäre ein Gespräch zwischen deutschen und niederländischen Behörden darüber, wie man den Informationsaustausch nicht nur am Grenzposten – zwischen Polizei und Zoll usw. –, sondern auch zwischen Gemeinden auf deutscher und niederländischer Seite sowie mit anderen Partnern so verbessern kann, dass wir ein schärferes Bild davon bekommen, was auf beiden Seiten der Grenze passiert und was wir zusammen machen können.

Bezüglich des Menschenhandels haben wir dies schon getan. Wir haben eine Erkundung durchgeführt und gesehen, dass es viel zu verbessern gibt. Diese Schritte muss man mit Benelux gemeinsam unternehmen.

Das Verb „polderen“ bedeutet, dass man miteinander versucht, ein Resultat zu erzielen – sei es klein oder groß. Dies gilt nicht nur, wenn wir über Sicherheit reden – auch dabei müssen wir zueinander finden –, sondern im weitesten Sinne für alle Herausforderungen, die wir zusammen meistern. Herr Vorsitzender, ich hoffe, damit alle Fragen beantwortet zu haben.

**Dr. Uta Loeckx (NRW-Verbindungsbüro der Benelux-Union [per Video zugeschaltet]):**

Die erste Frage bezog sich auf den gemeinsamen Lebens- und Arbeitsraum. Dieser ist wichtig und noch aufbaufähig.

Ein Schritt wäre die Teilnahme von Einzelunternehmen an der Retailplattform. Gerade für kleinere Unternehmen wäre es meiner Meinung nach sehr wichtig, dass sie möglichst wenigen Hindernissen begegnen, wenn sie sich im Beneluxraum ausbreiten wollen. Dies können wir tatsächlich weiter fördern.

Ebenfalls wichtig ist der Bereich „Arbeit“, in dem es gerade in der Pandemie Schwierigkeiten gab, der jedoch teilweise nicht die Landes-, sondern die Bundesebene betrifft. Dazu gehören die steuerrechtlichen Fragen zum Homeoffice.

Bezüglich der Arbeitsmobilität werden wir auf Beneluxebene zusammenkommen und darüber sprechen, wie wir verhindern können, dass es in einer möglichen ähnlichen Lage in der Zukunft noch einmal zu diesem Problem kommt. Wie wird die neue Arbeitswelt, die sich durch die Pandemie herauskristallisiert hat, gestaltet, ohne sie zu behindern? Wie können die Regelungen angepasst werden?

Auch die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung soll auf Beneluxebene wieder aufgegriffen und vertieft bearbeitet werden. In der Pandemie hat vieles sehr gut funktioniert, zum Beispiel die Aufnahme der Patientinnen und Patienten. Es wurde auch alles pragmatisch angepackt, aber es bleibt die Frage, ob noch Handlungsbedarf besteht und noch einiges vereinfacht werden kann.

Bezüglich des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes wurde vorhin das Thema „digitale Arbeitsvermittlung“ angesprochen. Dies ist aber tatsächlich nicht auf Beneluxebene angesiedelt, sondern wird vom Land Nordrhein-Westfalen bilateral bzw. trilateral mit Belgien angegangen. Dazu kann ich vom Verbindungsbüro der Benelux-Union aus keinen Sachstand geben.

Zur Frage, ob auf Beneluxebene Zahlen zu den Schulbesuchen etc. vorhanden sind. Bildung ist kein Beneluxthema. Die Benelux-Union kooperiert, wie gesagt, nur in den Themenfeldern „Wirtschaft“, „Sicherheit und Digitales“ und „Nachhaltigkeit“. Deswegen sind auf Ebene der Benelux-Union keine solchen Zahlen vorhanden. Ich kann nicht sagen, ob dies bilateral zwischen den Ländern anders ist.

Wie kann man neue Themen einbringen? Wir können Wünsche äußern. Tatsächlich ist die Benelux-Union generell sehr offen für unsere Vorschläge, auch wenn es manchmal ein wenig hakt. Wenn sie etwas nicht aufnimmt, liegen dem meist wirklich sachliche Gründe zugrunde. Die Teilnahme wird uns jedoch eigentlich immer ermöglicht, wenngleich wir manchmal ein bisschen Überzeugungsarbeit leisten müssen.

In der erneuerten politischen Erklärung 2019 ist auch festgelegt, dass wir nicht nur operationell, sondern auch strategisch stärker eingebunden werden, so dass wir in die Polizeiarbeitsgruppen „Drogenversand“ und „Cyberkriminalität“ wirklich von Anfang an miteinbezogen wurden.

Zur Frage der Kinderpornografie. Es ist uns zumindest ermöglicht worden, informelle Treffen durchzuführen. Es sind schon bilaterale Kontakte geknüpft worden. Sowohl mit Belgien als auch mit den Niederlanden finden zwei bilaterale Austausche statt. Da, wo wir die Benelux-Union tatsächlich als Vermittler benötigen, sind die eigentlich auch für die Einbringung neuer Themen immer ganz offen.

Zur Frage der Beteiligung europäischer Bürger. Ich bin erst seit Ende 2020 im Büro in Brüssel. Seither war es wegen der Pandemie mit echten Beteiligungen etwas schwierig. Deswegen habe ich keinen genauen Überblick, welche Maßnahmen die Beneluxunion normalerweise ergreift. Dieses Thema steht sehr weit oben auf der Agenda, zu konkreten Aktionen kann ich jedoch nicht viel sagen.

Zwei Themen bilden die Ausnahme: Im Radverkehr versucht man, auch die Bürger mitzunehmen und mithilfe von Umfragen deren Bedürfnisse zu ermitteln. In der neuen, noch nicht unterzeichneten Erklärung zur Luftreinhaltung, die auf einer Konferenz im März behandelt wird, ist die Einbeziehung der Bürger und auch deren Wissens ein wichtiges Thema. Mehr konkrete Beispiele kenne ich nicht, könnte diese aber herausfinden.

Zum NRW.Dialog.Benelux muss ich passen, weil dieser bilateral aus Nordrhein-Westfalen heraus und nicht auf Ebene der Benelux-Union bearbeitet wird und mir die Kompetenz fehlt, dazu etwas zu sagen.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Ich darf Ihnen beiden ganz herzlich dafür danken, dass Sie uns heute hier Rede und Antwort gestanden haben. Die vielen Nachfragen haben meines Erachtens deutlich gemacht, wie wichtig uns in Nordrhein-Westfalen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowohl zum Königreich der Niederlande als auch zu den beiden anderen Königreichen ist.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel erreicht – dieses kleine Resümee kann man heute ziehen –, aber es sind noch viele offene Punkte vorhanden. Es reizt mich persönlich sehr, auch in der kommenden Legislaturperiode möglichst viele davon ganz konkret anzugehen.

Es freut mich, Herr Kommissar, dass wir bei Ihnen heute zumindest virtuell mit am Küchentisch sitzen durften. Ich hoffe, dass Corona es zulässt, dies möglichst bald auch wieder in der Realität durchzuführen. Dies gilt natürlich auch für Sie, Frau Dr. Loeckx. Der direkte Austausch ist wichtig, weil man dabei ein besseres Fingerspitzengefühl für die Anliegen des anderen entwickelt.

Die Grenzlandkonferenz wird hoffentlich auch wieder die Möglichkeit zum direkten Austausch bieten, sodass wir möglichst vieles konkret angehen können. Ganz herzlichen Dank, dass Sie heute hier vor Ort bzw. uns zugeschaltet waren. Ich wünsche Ihnen alles Gute und auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

## 2 Die deutsch-chinesischen Beziehungen aus Sicht der Wissenschaft

– Gespräch mit Prof. Dr. Thomas Heberer (Seniorprofessor für Politik und Gesellschaft Chinas, Universität Duisburg-Essen [*Präsentation s. Anlage*])

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Es freut mich, Herrn Professor Heberer begrüßen zu dürfen. Wir hatten uns im Vorfeld angesichts der enormen Breite des Themas schon darüber ausgetauscht, ob man die innenpolitische Situation in China betrachtet, die Situation zwischen China und Europa oder zwischen China und Deutschland. Wir sind so verblieben, dass Sie den Schwerpunkt auf die Beziehungen zwischen China und Nordrhein-Westfalen legen und etwa 15 bis 20 Minuten ausführen. Anschließend bleibt noch Zeit für einige Diskussionsrunden.

Herzlichen Dank dafür, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen.

**Prof. Dr. Thomas Heberer (Seniorprofessor für Politik und Gesellschaft Chinas, Universität Duisburg-Essen):** Ich bedanke mich zunächst für die freundliche Einladung. Wie Sie schon sagten, haben wir uns vorab darauf geeinigt, den Schwerpunkt auf mein Forschungsprojekt an der Universität Duisburg-Essen zu legen, weil dieses sehr viel mit NRW, Duisburg und dem Ruhrgebiet und den deutsch-chinesischen Beziehungen in dieser Hinsicht zu tun hat. Die chinesische Innen- und Außenpolitik sowie die deutsch-europäisch-chinesischen Beziehungen sind dabei als zentrale Faktoren eher praxisorientiert impliziert.

Sie können natürlich am Ende zu allem Fragen stellen, was Sie interessiert. Ich selber bin Professor für Politik und Gesellschaft Chinas am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Duisburg-Essen und befasse mich hauptsächlich mit den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Prozessen.

Zunächst zur Bedeutung Chinas für Nordrhein-Westfalen, die Ihnen vielleicht auch bekannt. In Nordrhein-Westfalen sind den Zahlen aus dem vergangenen Jahr zufolge gegenwärtig etwa 1.200 Unternehmen aus Greater China ansässig – dies schließt also auch solche aus Hongkong und aus Taiwan mit ein –, mehr als die Hälfte davon in Düsseldorf, wo 6.200 Chinesinnen und Chinesen wohnen. NRW ist für China unter allen Bundesländern der mit Abstand wichtigste Investitionsstandort.

37.000 Menschen mit chinesischer Staatsbürgerschaft leben in Nordrhein-Westfalen, dies entspricht einem Viertel aller in der Bundesrepublik lebenden Chinesinnen und Chinesen. Das Handelsvolumen belief sich 2020 auf 44 Milliarden Euro. China war nach den Niederlanden und Frankreich der wichtigste Abnehmer von Gütern aus Nordrhein-Westfalen und der zweitwichtigste Lieferant nach den Niederlanden. Man kann also vom zweitwichtigsten Außenhandelspartner insgesamt sprechen.

Ich will Ihnen ganz kurz über ein Forschungsprojekt am Institut für Ostasienwissenschaften berichten, an dem die Lehrstühle für Wirtschaft Chinas, Politik Chinas und Politik und Gesellschaft Chinas beteiligt sind. Dieses hat direkt mit Nordrhein-Westfalen, dem Ruhrgebiet und Duisburg zu tun.

Die Rahmenbedingungen für ein solches Forschungsprojekt und die Beziehungen von China, Deutschland und Europa haben sich in den vergangenen Jahren – insbesondere seit zwei Jahren – verändert.

Die Entwicklung Chinas ist für den Westen herausfordernder geworden. Es herrscht meiner Meinung nach schon ein Kalter Krieg zwischen den USA und China. Die Positionierung in diesen bilateralen Auseinandersetzungen zwischen China und den Vereinigten Staaten ist noch nicht klar, zumal in der Europäischen Union durchaus unterschiedliche Auffassungen dazu vorhanden sind und sie bislang keine einheitliche Meinung vertritt.

Hinzu kommen die Folgen der Pandemie, die den Austausch praktisch auf null heruntergefahren haben und die Kritik an der chinesischen Belt and Road Initiative, also der neuen Seidenstraßeninitiative, zu der mittlerweile alternative Konzepte der Vereinigten Staaten, Japans und Indiens entstanden sind. Die G7 haben ein eigenes Seidenstraßenkonzept entwickelt, die Europäische Union hat das EU Gateway Asia. Angesichts dessen stellt sich die Frage: Geht es vor allem um Wettbewerb, oder kann man durch die Bündelung gemeinsamer Aktivitäten vielleicht auch Synergieeffekte erreichen?

Ich komme später noch auf die prekäre Lage in Transitländern, zum Beispiel bezüglich der Zugverbindungen, zu sprechen. Die öffentliche Meinung und die Chinaberichterstattung – gerade in diesen Tagen kann man dies wieder besonders gut beobachten – sind in gewisser Weise sehr undifferenziert. Ich zitiere beispielhaft eine Überschrift aus der Westdeutschen Allgemeinen von vor einer Woche zu einem Bericht über die Seidenstraße: Milliarden gegen Chinas Machtgier.

Hinzu kommt noch die Ungewissheit über die Chinapolitik der neuen Bundesregierung. Man darf gespannt sein, wie sich diese weiterentwickelt. Noch ist schließlich nicht ganz klar, wohin der Weg geht, und es gibt dazu unterschiedliche Auffassungen. Momentan zeichnet sich ab, dass der merkelsche Kurs fortgeführt wird.

Bei der Belt and Road Initiative, also der neuen Seidenstraße, handelt es sich eigentlich nicht um einen feststehenden Masterplan, bei dem man sagen könnte, welches Land dazu gehört. Dieser undefinierte Begriff umfasst eigentlich alle politischen und inzwischen auch kulturellen Initiativen, die China international unternimmt.

Ursprünglich bezog er sich auf Süd-, Zentral-, Südost- und Westasien, dann auf Ostafrika, schließlich auf ganz Afrika und inzwischen auch auf Europa und Lateinamerika. Eigentlich ist die ganze Welt Teil dieser Seidenstraßeninitiative. Es ist also unklar, was man darunter genau versteht, jedoch ist es nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisches und kulturelles Projekt. Dies wird oft übersehen.

Auch in China wird momentan eine Debatte über die Neue Seidenstraße geführt, die bei uns bislang kaum registriert worden ist. Jüngst hat eines der zentralen Beratungsinstitute der chinesischen Regierung das Seidenstraßenprojekt als eines der fünf großen externen Sicherheitsrisiken Chinas bezeichnet. Es wurden mehrere Anschläge – in Afrika, in Pakistan – auf chinesische Einrichtungen oder direkt auf chinesische Techniker verübt.

Seit vergangenem Jahr soll eine Umstellung auf eine grüne Seidenstraße eingeleitet werden, um die Folgen für die Umwelt, also für die Ökosysteme, zu minimieren und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren. China hat beschlossen, keine Kohlekraftwerke mehr zu exportieren oder zu finanzieren. In Bosnien-Herzegowina wurde die Finanzierung eines solchen Projektes soeben eingestellt.

Auch über die Kreditvergabe sowie deren Folgen und die Forderung, die Seidenstraße für die internationale Kooperation zu öffnen, wird diskutiert. In der Diskussion ist etwas in Bewegung, und man darf gespannt sein, in welche Richtung sich dies letztlich entwickelt.

Es existieren auch alternative Sichtweisen. So hat Bundeskanzlerin Merkel 2020 davon gesprochen, dass es eine Art Koordination mit dieser chinesischen Initiative im Hinblick auf Afrika geben müsse und man sich in dieser Hinsicht auch auf gemeinsame Standards für die nachhaltige Entwicklung des Kontinents einigen solle.

Zudem schätzen einige Ökonomen die Infrastrukturentwicklung in Afrika. Jeffrey Sachs, ein Ökonom und UN-Berater, schrieb kürzlich, Chinas Engagement in Afrika sei die wichtigste Entwicklung in Afrika in dieser Generation. Die international sehr renommierte sambische Ökonomin Dambisa Moyo schrieb:

Mit China hat sich das alte Narrativ von Geber- und Empfängerländern massiv verändert. Afrikanische Länder brauchen Handel und Investitionen. Es ist gut, wenn China, Indien, die Türkei, Russland oder Brasilien neue Handels- und Investitionsmöglichkeiten nach Afrika bringen – in eine Region, die von Europa sehr lange vernachlässigt worden ist.

Welche wirtschaftlichen Aspekte untersuchen wir momentan? Unser Projekt hat vergangenes Jahr begonnen und soll drei Jahre dauern. Es geht dabei um die Bedeutung der Neuen Seidenstraße für Duisburg als Endpunkt der Zugverbindung, für das Ruhrgebiet und das gesamte Land. Dabei stellen sich Fragen nach der Beschäftigung, Qualifizierung, Umschulung, Fachkräfteattraktion, Landnutzung und der Vernetzung bestehender und neuer Akteure.

Zweitens geht es um eine Wettbewerbsanalyse: Welche Stärken und Schwächen weisen Duisburg und des Ruhrgebiet auf? Inwieweit kann man die Wettbewerbskraft der Region stärken und langfristig strategisch ausrichten? Wie entwickeln sich die In-Between-Märkte? Bei den Zugstrecken betrifft dies Russland, Weißrussland und Polen. Können dort Märkte zum Nutzen von Nordrhein-Westfalen, Duisburg und dem Ruhrgebiet erschlossen werden?

Ich möchte kurz die neuere Entwicklung Duisburgs erwähnen, weil Sie diese vielleicht nicht verfolgt haben. Duisburg ist der größte Binnenhafen der Welt und die Logistikkreuzung Europas. Wir haben nun im ökonomischen Bereich festgestellt, dass Duisburg zwar im Hinblick auf die Logistik und auch auf die Warenströme von China nach Europa eine Schlüsselrolle spielt, damit aber kein Alleinstellungsmerkmal besitzt.

Zwischen den beteiligten Hafenstädten herrscht inzwischen ein enormer Konkurrenzdruck. China hat in 20 bis 25 Hafenstädten in die Logistik und in die Technologie investiert. Von daher ist es nicht sicher, dass Duisburg auch langfristig der Endpunkt der

Seidenstraße bleibt, zumal es ohnehin nicht der einzige ist. Es gibt also eine Vielzahl von chinesischen Hafenbeteiligungen in EU-Ländern, unter anderem in Duisburg und Hamburg. Darauf komme ich gleich noch einmal zu sprechen.

In Duisburg geht es nicht um Grund und Boden, der im Prinzip dem Land und der Stadt gehört, sondern um einen 30-prozentigen Anteil der COSCO Shipping Logistics an einer Hafengesellschaft. In Hamburg verlief die Entwicklung ähnlich. Dort besteht eine 35-prozentige Beteiligung derselben Gesellschaft.

In der Region entstehen ebenfalls neue Herausforderungen. Lüttich wurde jetzt zum Luftraumziel für Alibaba erklärt. Der größte Internethändler der Welt will sein Europa-zentrum in Lüttich ansiedeln. Dort wird der Flugplatz ausgebaut. Eine Kooperation zwischen Antwerpen und Zeebrügge erschließt ganz neue Kapazitäten. Außerdem ist eine Kooperation zwischen Hamburg und Bremerhaven im Gespräch, die auch die Kapazitäten dieser Häfen zusammenlegen und ebenfalls eine Herausforderung für Duisburg darstellen würde.

Duisburg muss seine Stellung im Wettbewerb mit anderen Hafenstädten und Logistikzentren ständig durch Innovation verbessern.

Ein Beispiel dafür ist das Engagement der Hafengesellschaft Duisburg mit dem Hafen von Trieste. Seit Jahren ist im Gespräch, dass sie dort ein intermodales Logistikzentrum entwickelt, das den schienengebundenen und den seegebundenen Transport zusammenführt.

Ein weiteres Beispiel ist der Ausbau des Duisburger Terminals zum ersten klimaneutral – nämlich mit Wasserstoff – betriebenen Terminal der Welt. Damit würde Duisburg zum Vorreiter, wäre zugleich vernetzt und würde den Stadtteil Ruhrort mit klimaneutraler Energie versorgen.

Zu den politischen Aspekten gehören die Bestandsaufnahme der politischen und ökonomischen Situation in China, und die Analyse von deren Bedeutung für die Neue Seidenstraße, aber immer im Hinblick auf Nordrhein-Westfalen, auf Duisburg und das Ruhrgebiet. Mit diesem Fokus analysieren wir den laufenden Fünfjahresplans, den politisch-ökonomischen Konflikt zwischen China und den USA und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland und der EU.

Dabei sind potenzielle über die Ökonomie hinausgehende Nutzeffekte ein zentraler Punkt. Wir fragen aber auch nach Problemen und Risiken chinesischer Beteiligungen und eines über die Ökonomie hinausgehenden Engagements Chinas. Wir betrachten zudem Beteiligungsmöglichkeiten und Synergien, auch in Kooperation mit europäischen Partnern.

Zugleich sollen Vergleichsstudien im Hinblick auf andere Hafenstädte oder auch Zielregionen von chinesischen Kapital durchgeführt werden. Zu diesen gehört zum Beispiel Norditalien, wo die Textilindustrie fast vollständig in chinesischer Hand ist. Dort kann man Erkenntnisse darüber gewinnen, was dies politisch, ökonomisch und auch kulturell zum Beispiel für die Ansiedlung von chinesischen Unternehmern und Arbeitskräften bedeutet.

Schließlich betrachten wir die Neuausrichtung der chinesischen Wirtschaftsstrategie und die Effekte der Seidenstraße für Duisburg, das Ruhrgebiet und das Land Nordrhein-Westfalen.

Insgesamt geht es im politisch-gesellschaftlichen Bereich um vier Themenfelder, zu denen auch der Umgang mit China gehört. Wie kann man einem immer schwieriger werdenden Partner überhaupt begegnen, zumal diese Partnerschaft nun auch in hohem Maße unter medialer Beobachtung steht und sich die öffentliche Meinung über China deutlich verschlechtert hat.

Welche Rolle spielen dabei Partnerschaften der Kommunen und des Landes mit chinesischen Städten und Provinzen? Welche Katalysatoreffekte lassen sich daraus erzielen?

Benötigen wir eine Infrastruktur für chinesische Investoren und Arbeitskräfte und auch Informationen über diese deutsch-chinesischen Projekte für die kommunale Öffentlichkeit? In Duisburg ist dies ein großes Thema.

Ich möchte jetzt die Frage der kommunalen Partnerschaften mit China konkretisieren und mich anschließend mit den Provinzpartnerschaften des Landes beschäftigen. Wir können hier drei Phasen unterscheiden.

Die erste Phase war sehr stark von einem Konzept der Entwicklungszusammenarbeit geprägt. Duisburg war mit seiner ersten Partnerschaft mit Wuhan 1982 in dieser Hinsicht Vorreiter unter den deutschen Städten und verstand diese sehr stark als ein Entwicklungskooperation. Daran war auch China interessiert – insbesondere an Know-how zu Technologie und Verwaltungsmanagement. Es war auch ein Moment der Völkerverständigung.

Die zweite Phase war eher von Wirtschafts- und Investitionserwartungen gekennzeichnet. Zunächst ging es vorwiegend um Aktivitäten in China, inzwischen aber häufiger um solche aus China in Duisburg, im Ruhrgebiet oder in Nordrhein-Westfalen.

Prominent geworden ist in den vergangenen Jahren die wichtige Frage der Städtediplomatie, also der Kooperation von Städten mit Blick auf die Lösung gemeinsamer Probleme. Dieser Weg ist meines Erachtens richtungsweisend, um über ideologische und systemische Fragen hinweg zu gemeinsamen Projekten, zu einem Dialog und Austausch zu kommen.

Städte sind Orte konkreter Politikumsetzung. Deswegen spricht man inzwischen auch von Städtediplomatie. Dazu gehört es, Netzwerke mit anderen Städten zu bilden, sich auszutauschen und zu kooperieren. Im Prinzip erleichtert es die bilateralen Beziehungen, dass dort weniger ideologisch und systemorientiert diskutiert wird. Dies trägt zum gegenseitigen Verständnis bei und ergänzt praktisch die zwischenstaatlichen Beziehungen. Dies ist erst in den vergangenen Jahren deutlich geworden.

In NRW existieren momentan 30 kommunale Beziehungen, 14 Partnerschaften, neun sogenannte Freundschaftsbeziehungen – der Unterschied ist nicht so groß, aber sie sind unterschiedlich bezeichnet –, vier Kontakte, eine Projektpartnerschaft, und eine ist nicht definiert.

Die Beziehung zwischen Zao Zhuang und Sprockhövel ruht. Diese ist ein Beispiel für eine manchmal bestehende Asymmetrie. Zao Zhuang hat 5 Millionen Einwohner, und man dachte dort, Sprockhövel sei möglicherweise eine gleich große Stadt. Als der Bürgermeister von Zao Zhuang Sprockhövel besuchte und sich dies als eine Landgemeinde entpuppte, endete die Partnerschaft. Es gibt weitere ähnliche Beispiele in Deutschland.

Vorreiter sind meiner Meinung nach die Klimapartnerschaft von Bonn mit Chengdu, die auf europäischer Ebene auch ausgezeichnet wurde, und die Partnerschaft von Essen und Changzhou. Diese ist 2019 mit dem URBAN-EU-CHINA Powerhouse Competition Award für nachhaltige Urbanisierung und nachhaltige Wirtschaftsbeziehungen ausgezeichnet worden. Davon kann man gewiss lernen.

Der auf die Zivilgesellschaft ausgedehnte Bürgeraustausch ist sehr schwach entwickelt, auch wenn in NRW momentan 56 Schulpartnerschaften existieren, die ebenfalls zu diesem Bereich gehören – darunter sind 37 Gymnasien, neun Berufskollegs, sieben Gesamtschulen, zwei Grundschulen und eine Realschule.

In jüngster Zeit haben wissenschaftliche Studien sondiert, inwieweit sich Städtepartnerschaften mit chinesischen Städten auf chinesische Direktinvestitionen auswirken. Diese gehen vor allem von einem Effekt in Europa und auch in Deutschland aus, den wir nun untersuchen wollen. Deswegen haben wir auch einen Fragebogen vorbereitet der sich zunächst an chinesische Unternehmen in Duisburg richtet.

Wir wollen die Untersuchung jedoch auf Nordrhein-Westfalen ausdehnen, um herauszufinden, wie die Unternehmen sich hier überhaupt positionieren, warum sie sich in Nordrhein-Westfalen angesiedelt haben, was sie als positiv oder weniger vorteilhaft empfinden und wo Verbesserungen möglich sind.

Wir möchten in diesem Rahmen auch erfahren, ob Städtepartnerschaften oder die Rolle Duisburgs als Teil der Seidenstraße einen wichtigen Faktor für Direktinvestitionen aus China darstellten.

Ich halte auch Kooperationen im Rahmen von Zukunftsthemen für wichtig. Die Städtediplomatie sollte sich stark darauf ausrichten. Letztlich fördert das Ganze auch das wechselseitige Verständnis, wobei nicht nur die ökonomischen, sondern auch die kulturellen Beziehungen eine zentrale Rolle spielen. Deswegen plädiere ich dafür, dass Partnerschaften als etwas über Wirtschaftsbeziehungen Hinausgehendes begriffen werden. Dazu gehört eben der bisher relativ schwach entwickelte Kulturaustausch und der Bürgeraustausch jenseits des Schüleraustauschs.

Duisburg kann einige Beispiele vorweisen, unter anderem Dialogformate zu Zukunftsfragen. 2018 haben im Rahmen der „Zukunftsgespräche Metropole Ruhr“ erstmals jeweils ein chinesischer und ein deutscher Wissenschaftler gesprochen. Beim ersten Mal ging es um europäisch-chinesisch-amerikanische Beziehungen, beim zweiten Mal um Künstliche Intelligenz und Digitalisierung in der Zukunft, und beim dritten Mal sollte es um den Klimawandel gehen. Dieser Termin ist wegen Corona erst einmal verschoben worden, soll aber im zweiten Halbjahr dieses Jahres stattfinden.

Duisburg ist daran interessiert, ein Chinakompetenzzentrum zu werden. Die Stadt hat dafür auch gute Voraussetzungen, nicht nur aufgrund des Interesses der Stadt und ihrer langjährigen Beziehungen zu China, sondern auch wegen der vielfältigen Kooperationsbeziehungen der Universität. Das Institut für Ostasienwissenschaften ist das größte in Europa. Hinzu kommt das CHINA BUSINESS NETWORK DUISBURG. Die Stadt verfügt zudem über zwei Beauftragte für Chinakontakte, von denen einer direkt dem Oberbürgermeister unterstellt ist.

Die Stadt hat inzwischen einiges getan und kann sich meines Erachtens zum Vorbild für Städtepartnerschaften nicht nur für NRW, sondern für die gesamte Bundesrepublik entwickeln. Es ist aber wichtig, Kooperationsschwerpunkte zu formulieren. Duisburg und Wuhan haben dies meines Erachtens im vergangenen Jahr nur unzureichend getan. Die zudem notwendige Neuordnung des Wissenschaftsaustausches möchte ich heute nicht ansprechen. Wir prüfen aber gerade, wie den Wissenschaftsaustausch zwischen deutschen und chinesischen Hochschulen auf konstruktivere Beine stellen kann.

Aus Gesprächen mit Vertretern von Kommunen weiß ich von dem Wunsch nach mehr Abstimmung und Austausch zwischen dem Land und den Kommunen, aber auch der Kommunen untereinander. Das Land weiß meines Erachtens gar nicht so genau Bescheid, welche Partnerschaften mit China in den Kommunen existieren und welche Aktivitäten dort entfaltet werden. Es wäre sehr hilfreich, wenn das Land auch den Kontakt und den Austausch zwischen den nordrhein-westfälischen Kommunen begleiten und fördern könnte.

Zu den wichtigen zukunftsorientierten Kooperationsfeldern gehört natürlich der Klimawandel. Dieser steht insofern an erster Stelle, als schon internationale Städtenetze mit Blick auf Klimapartnerschaften und Nachhaltigkeit vorhanden sind.

Auch der Strukturwandel ist eine wichtige Frage. Es bestand mehrere Jahre lang eine Partnerschaft von Gelsenkirchen, Bottrop und Herne mit einer Stadt in Zentralchina, bei der es um die Bewältigung des Strukturwandels rund um den Kohleabbau ging. Unter chinesischen Touristen wächst das Interesse an der Frage des Strukturwandels im Ruhrgebiet, weil viele Regionen in China damit momentan auch zu kämpfen haben.

Weitere Themen sind Stadtentwicklung und Stadtmanagement – die Smart-City-Frage ist in der Diskussion –, Altstadtentwicklung, Verkehrsmanagement, E-Mobilität, Gesundheit, Pandemievorsorge, Pflege und Pflegepersonal und Traditionelle Chinesische Medizin. Auch der Tourismus ist für das Ruhrgebiet durch chinesische Touristen inzwischen auch ein großes Thema. Hinzu kommen Fragen und Probleme der Digitalisierung, sowie wechselseitige Lerneffekte durch Best Practices.

In chinesischen Städten gibt es vor allem im Osten durchaus Fallbeispiele, von denen man lernen kann. Die Stadt Shenzhen zum Beispiel hat ihren öffentlichen Nahverkehr im Wesentlichen auf Elektrobusse umgestellt.

Damit wollte ich erst einmal schließen. Gerne können wir über diese, aber auch über darüber hinausgehende Fragen diskutieren.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Herr Professor Dr. Heberer, herzlichen Dank für die sehr interessanten Ausführungen. Wir starten jetzt in die Fragerunde. Ich habe die

Reihenfolge nicht genau im Auge. Frau Aymaz hatte sich gemeldet, aber wir machen es jetzt einfach der Größe der Fraktionen nach und beginnen mit der Union. – Herr Kollege Krause bitte.

**Oliver Krauß (CDU):** Die Grünen haben den Sachverständigen eingeladen. Da fände ich es schon höflich, Frau Aymaz den Vortritt zu lassen.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Ladys first. – Frau Aymaz bitte.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Ladys first – nun gut. Für mich ist es tatsächlich immer noch sehr befremdlich, in fast ausschließlich mit Männern besetzten Runden zu sitzen.

Herr Professor Heberer, vielen Dank für Ihre Ausführungen, die aus unterschiedlichen Perspektiven heraus sehr spannend waren. Es haben sich daraus für mich noch mehr Fragen entwickelt. Als ehemalige Kommunalpolitikerin der Stadt Köln, die eine Partnerschaft zu Peking unterhält, möchte ich mit einer Frage beginnen, die Sie selbst auch sehr stark in den Fokus Ihres Vortrages gerückt haben.

In der Entwicklung der Partnerschaften zu anderen Regionen und Ländern außerhalb von China spielt die Städtediplomatie eine besondere Rolle. Allerdings sehen wir darin auch deshalb Potenzial, weil wir von unserer Perspektive auf Kommunen und kommunale Selbstverwaltung ausgehen. Die Diplomatie von ganz unten gewinnt jedoch gerade im Austausch mit problematischen Staaten, die zunehmend autoritäre und nationalistische Strukturen entwickeln, eine besondere Bedeutung, und gerade dort existiert kommunale Selbstverwaltung in der Form gar nicht. Wie schätzen Sie dies ein?

Ich möchte eine Parallele zur Türkei ziehen. Wenn wir dort versuchen, etwas über die Kommunen zu gestalten, weil es mit Herrn Erdogan immer problematischer wird, stellen wir sehr schnell fest, dass gewählte Kommunalpolitikerinnen und -politiker abgesetzt und gegen Verwalter aus Ankara ausgetauscht werden. Auch in China existiert die Anordnung von oben. Wo bleiben angesichts dessen Freiräume, die man durch Städtediplomatie gestalten kann? Könnten Sie dies noch einmal erläutern?

Die Kommunen entwickeln Ihrer Aussage nach zunehmend den Wunsch, vom Land unterstützt zu werden. Welche Unterstützung kann das Land beim Aufbau und bei der Ausgestaltung partnerschaftlicher Beziehungen zu China konkret leisten? Mich interessiert vor allen Dingen, wie man die Kommunen unterstützen kann, die menschenrechtlichen Belange in den Partnerschaften sehr wohl anzusprechen? Haben Sie dazu konkrete Ideen oder Best-Practice-Beispiele? Wir in Köln haben zum Beispiel ein Programm entwickelt, um Menschenrechte viel stärker in den Fokus stellen zu können.

Inwiefern steht aus Ihrer Sicht der Nutzen des chinesischen Engagements für beide Seiten in einem ausgewogenen Verhältnis? Könnten Sie noch darlegen – wenn dies in der Kürze der Zeit überhaupt machbar ist –, wer möglicherweise von welchen Bereichen stärker profitiert?

**Sebastian Watermeier (SPD):** Herr Professor Heberer, vielen Dank für die Präsentation und den sehr interessanten Vortrag. Aus Sicht meiner Fraktion wäre es sehr

hilfreich, wenn wir die Folien im Nachgang dieser Sitzung auch bekommen könnten. Wir wären dafür sehr dankbar.

Ich würde mich gerne der Kollegin Aymaz anschließen und nach den Städtepartnerschaften fragen. So wie ich diese aus meiner Heimatstadt Gelsenkirchen und dem Ruhrgebiet insgesamt kenne, erwachsen sie häufig aus historischen Verbindungen und Migrationsbewegungen insbesondere im Kontext von Arbeitsmigration wie zum Beispiel der Gastarbeiterzuwanderung.

Städtepartnerschaften mit türkischen Städten haben ihre Wurzeln oft darin, dass eine relevante Größe der Bürgerinnen und Bürger einer Stadt ihre Zuwanderungsgeschichte in einer bestimmten türkischen Region hat. Städtepartnerschaften mit polnischen Städten haben wiederum häufig damit zu tun, dass entweder eine alte historische Verbindung über Flucht und Vertreibung existiert oder eine Arbeitsmigration stattgefunden hat.

Diese historischen Beziehungen bestehen zu chinesischen Städten üblicherweise nicht. Wie kommt man als nordrhein-westfälische Kommune an eine passende Partnerstadt in China? Das Beispiel „Sprockhövel“ zeigt schließlich, dass es auch einmal schiefgehen kann.

Städtepartnerschaften, wie wir sie kennen, zielen häufig auf einen sehr breiten, freundschaftlichen Austausch, also auch darauf, dass mehr oder minder normale Bürgerinnen und Bürger aufeinandertreffen, die sich in unterschiedlichen Kontexten engagieren wollen.

Bei den Chinapartnerschaften handelt es sich meinem Eindruck nach oft eher um Elitenprojekte. Der deutsche Bürgermeister, der IHK-Vorsitzende und weitere ausgewählte Verwaltungsbeamte treffen auf das chinesische Gegenüber, den Parteisekretär und ein paar andere ausgewählte hochrangige Vertreter. Dies spiegelt natürlich ein völlig anderes Verständnis von Partnerschaft wider und hat auch relativ wenig mit kulturellen Austausch und Völkerverständigung zu tun. Gibt es Ansätze dafür, dies aufzubrechen? Könnte die chinesische Auslandscommunity dabei auch eine Rolle spielen?

Wie Sie dargestellt haben, lebt eine durchaus relevante Anzahl von Auslandschinesen und -chinesinnen in Nordrhein-Westfalen. Kann man in einem solchen Kontext mit Migrantenselbstorganisationen zusammenarbeiten? Sind diese überhaupt vorhanden? Gibt es Ansprechpartner in die chinesische Auslandscommunity hinein?

**Thomas Nückel (FDP):** Ich will offen zugeben, dass ich ein Magengrummeln verspürt habe, als ich von Ihrer Einladung auf Vorschlag der Grünen gehört habe. Ich musste nämlich in der Vergangenheit bei einigen Veröffentlichungen bemängeln, dass Sie im Verhältnis zur Volksrepublik China vielleicht etwas unkritisch sind und im Grunde vielen gegenüber den Vorwurf erheben, sie seien zu kritisch. Dies betrifft nicht nur die Frage der Menschenrechte – zum Beispiel der Uiguren –, diese ist aber sicherlich die bedeutende.

Einige Städte sind unvorbereitet und mit hohen Erwartungen in Städtepartnerschaften hineingestolpert. Sie haben es vorhin angesprochen. Ich komme aus der Stadt Herne, die eine Partnerschaft mit der Stadt Luzhou hatte, und bin mit Gästen von dort in

Kontakt getreten. Von Diplomatie war überhaupt nichts zu spüren. Meine Erfahrung ist: Jede Diskussion über chinesische Politik wird abgelehnt, und es werden ziemlich frech Forderungen gestellt. Wenn diese nicht erfüllt werden, ist auch schon Schluss.

Sie haben vorhin das Thema „Afrika“ erwähnt. Dort herrsche jetzt angeblich ein Nehmen und Geben. Ich höre etwas anderes: Es ist ein Nehmen durch die Volksrepublik China und nur eine Ankündigung von Geben. Wenn etwas gegeben wird, dann nur, wenn es China nutzt.

Ich habe seit Langem Kontakte mit Journalisten in Ghana – damit sind wir wieder bei NRW, weil es eines unserer Partnerländer ist –, die mir von sehr undiplomatischem und teilweise gewalttätigem Verhalten der chinesischen Gäste berichten. Ghana macht jetzt kehrt, was meines Erachtens auch richtig ist. Sie haben überhaupt gar keinen Spaß mehr daran, und es war dort auch Thema im Wahlkampf.

Ich habe es ein bisschen verkürzt und sehr platt formuliert, bin aber bestimmt nicht der Erste, der Ihnen das sagt. Deswegen werden Sie sicherlich ganz gut damit umgehen können. Schließlich sind Sie ja auch Gast hier.

Ich habe gerade das Gefühl, dass sich einige Universitäten – dies als letzten Punkt – vor den chinesischen Gästen nicht nur verbeugt, sondern schlicht verbogen haben. Sie haben auch ihre Einladungspolitik so verändert, wie die chinesischen Partner dies wollten. Dies ist natürlich bei uns in den Medien offen kritisiert worden.

Können Sie meine Punkte ein bisschen verstehen? Teilen Sie diese sogar? Ich habe nämlich das Gefühl: So wie China sich verhält, ist ein kritischer Dialog nicht möglich. Man muss nur Taiwan nennen, dann ist für den Dialog sowieso Schicht im Schacht.

**Oliver Krauß (CDU):** Vielen Dank auch von uns für Ihre Präsentation. Wir hoffen auf einen sehr offenen Dialog; denn aus unserer Sicht sind die deutsch-chinesischen Beziehungen nicht einfach auf Städtepartnerschaften oder auf den Bereich der Wissenschaft herunterzubrechen, ohne den Bereich der großen Politik und der großen Diplomatie zu behandeln.

Ich möchte dies auch gerne an einem Beispiel dokumentieren. Unsere Karnevalsgesellschaft in Bonn, unsere Bönnsche Chinesen, scheinen noch nicht bei Ihnen angekommen zu sein. Diese ist in der Tat eine Kultur- und Karnevalsgesellschaft, die versucht, mit chinesischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Brauchtum beider Länder zu pflegen und zwar unterhalb von Parteisekretär- oder Bürgermeisterebene. Die große Politik können Sie aber auch dort nicht einfach ausklammern, so schön dies idealerweise wäre.

Insofern gestatten Sie auch mir – Taiwan hat der Kollege schon angesprochen –, auf den Besuch einer NRW-Delegation in Ghana abzustellen, der ich angehören durfte. Auch Ghana ist schon angekommen. Zum einen sitzt in Accra das Konfuzius-Institut. Sie sind nach unseren Erkenntnissen Co-Direktor des Konfuzius-Instituts Metropole Ruhr, und ich kann Ihnen sagen: Die Ghanaer haben das Konfuzius-Institut sehr, sehr kritisch bewertet. Seit Anfang der Nullerjahre wächst Chinas wirtschaftspolitische Bedeutung auf dem afrikanischen Kontinent immens. Sie wissen um die dort gerade von China getätigten Investitionen.

Uns wurde jedoch an allen Besuchsstellen, die wir dort aufgesucht haben, regelmäßig gesagt, den Menschen wäre es lieber, Europa würde sich dort engagieren und investieren. Man greife auf Chinas Engagement zurück, weil Europa dies nicht in dem gewünschten Maße tue. Kritiker sehen dieses Engagement Chinas auf dem afrikanischen Kontinent sogar als Teil einer chinesischen Globalstrategie, in der Desinformation und Propaganda so wichtig wie Handelsbeziehungen und Marinestützpunkte zur Wahrung chinesischer Interessen zu sein scheinen.

Sie wissen auch um die Situation der griechischen Häfen. Wie sehen Sie dieses Engagement von China? Was steckt Ihrer Erfahrung nach dahinter?

Der zweite Punkt: Heute beginnen die Olympischen Winterspiele in Peking. Als diese Spiele 2008 vergeben worden sind – wir haben unmittelbar nacheinander Olympische Spiele nach China vergeben –, gab es die zarte Hoffnung auf Wandel in China. Heute beobachten wir aber eher das Gegenteil. Wie ist denn Ihre Einschätzung? Einige Staaten haben einen diplomatischen Boykott angekündigt und werden diesen jetzt durchziehen. Was kann dieser bewirken?

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Vielen Dank, Herr Professor Heberer. Da ich der letzte in der Runde bin, ist das meiste, was ich fragen wollte, schon gefragt worden. Meine Fragen wären jedoch in dieselbe Richtung wie die der beiden letzten Vorredner gegangen. Mich interessiert insbesondere: Wie können Sie als Professor und damit als Beamter gleichzeitig Co-Direktor eines Konfuzius-Instituts sein, das bekanntlich von Peking aus gesteuert wird. Sehen Sie darin einen Interessenkonflikt?

Das Seidenstraßenprojekt wird auch kritisch gesehen, weil hier möglicherweise Abhängigkeiten geschaffen werden. Duisburg hat zum Beispiel stark unter dem Strukturwandel gelitten und ist sehr auf Investoren angewiesen. Besteht nicht die Gefahr, dass Peking dort aus dem oben genannten Interesse heraus Einfluss nimmt?

Zuletzt noch eine Fachfrage: Sie hatten von Greater China gesprochen und Taiwan mit eingeschlossen. Ich bin nicht so tief im Thema. Wären die Leute aus Taiwan froh, wenn man sie zu Greater China zählte, oder ist diese Begrifflichkeit vielleicht ein bisschen schwierig?

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Herr Professor Heberer, es wurde eine Fülle an Fragen an Sie gestellt, und ich geben Ihnen nun das Wort zur Beantwortung.

**Prof. Dr. Thomas Heberer (Seniorprofessor für Politik und Gesellschaft Chinas, Universität Duisburg-Essen):** Ich fange einmal mit dem Konfuzius-Institut an. Ich bin dort seit Ende vergangenen Jahres nicht mehr Direktor. Aber meines Erachtens haben nur wenige die Funktion und die Struktur eines Konfuzius-Instituts verstanden.

Konfuzius-Institute wurden seinerzeit an Universitäten angebunden. Das Duisburger Institut wurde auf Bitten der Stadt gegründet, nachdem ich mit dem damaligen Rektor und dem damaligen Oberbürgermeister von Duisburg in Berlin bei der Botschaft war, um vorzustellen, warum Duisburg sich ein solches Institut wünschte.

Der Rektor bat meinen Kollegen Markus Taube und mich, die Direktorenschaft zu übernehmen, um sicherzustellen, dass dieses Institut unabhängig funktioniert. Dies haben wir auch getan. Das Institut für Ostasienwissenschaften wurde letztlich damit beauftragt, dafür zu sorgen.

Das Institut sitzt auch gar nicht in der Universität, sondern in den Räumen der Stadt Duisburg. Es ist im Übrigen ein unabhängiger, eingetragener Verein nach deutschem Recht. Der Vorsitzende ist ein Physikprofessor der Universität Duisburg-Essen. Der Vorstand besteht aus Medizinern von der Universitätsklinik, Vertretern von Unternehmen, der Sparkasse, der Stadt Duisburg und einem Ingenieurwissenschaftler.

Ich kann Ihnen daher nicht zustimmen, wenn Sie das Konfuzius-Institut in eine bestimmte Ecke stellen wollen, so wie dies lange vor allem durch die FDP und auch durch die AfD geschehen ist. Herr Brandenburg, mit dem ich im Gespräch war, war nicht in der Lage, dem, was wir beim Besuch von fünf Direktoren – allesamt deutsche Professorinnen und Professoren – vertreten haben, irgendetwas zu entgegnen.

Wie kommen Sie darauf, ich sei China gegenüber unkritisch? Dies ist ein schwerer Vorwurf, den Sie belegen müssten. Ich höre ihn zum ersten Mal. Niemand hat mir dies je gesagt, und Sie können es auch meiner wissenschaftlichen Reputation und meinen Schriften nicht entnehmen. Deswegen möchte ich ganz gerne wissen, wie Sie auf eine solche Idee kommen. Ich weise dies scharf zurück.

Aber jetzt zu den anderen, wichtigeren Punkten. Der erste war die Frage nach Partnerstädten mit anderen Ländern, vor allem mit autoritären Ländern, und die Frage der Selbstverwaltung.

Natürlich gibt es in China keine Selbstverwaltung der Städte. Seit 2002 existiert jedoch eine gesetzliche Regelung darüber, wie Städtepartnerschaften entstehen sollen. Danach können Städte Partner vorschlagen, der Staatsrat muss diese aber letztendlich billigen. Dies ist der Unterschied zu Deutschland, wo die Städte in der Suche nach Partnerschaften frei sind.

Zu den Freiräumen. Städte haben den Freiraum, mit den Partnern über bestimmte Themen zu diskutieren. Die Stadt Wuhan hat jetzt alle ihre Partnerstädte eingeladen, über den Klimawandel und dessen Bedeutung für die Städte sowie gemeinsame diesbezügliche Erfahrungen zu sprechen. Ich finde einen solchen Austausch sehr gut. Internationale Städtenetzwerke unterhalten diesen ohnehin. Dortmund ist diesbezüglich eine führende Stadt, die mittlerweile auch eine Stelle für Urban Diplomacy unterhält.

Auch wenn Länder größere Konflikte miteinander haben, ist es trotzdem sinnvoll, auf der kommunalen Ebene miteinander ins Gespräch zu kommen. Deswegen bin ich dafür, solche Aktivitäten auch zu stärken.

Zu der Unterstützung des Landes. Wechselseitige Ausstellungen – also nicht nur chinesische Ausstellungen in NRW, sondern auch Ausstellungen über Nordrhein-Westfalen in China – tragen meines Erachtens dazu bei, eine bestimmte Art von Dialog in Gang zu setzen und auch Verständnis für den jeweils anderen zu generieren. Alleine können Städte dies jedoch nicht leisten. Eine größere Ausstellung ist ausgesprochen

teuer. Es wäre hilfreich, wenn das Land selber aktiv werden könnte, damit wir mehr Ausstellungen ins Land holen bzw. nach China schicken können.

Hinzu kommt die Frage des Austauschs. Ich hielt es für sinnvoll, den Wunsch der Kommunen nach stärkerem Austausch und Abstimmung mit dem Land und nach Unterstützung für den Austausch zwischen den Kommunen weiterzuleiten. Dort tätig zu werden, wäre meiner Meinung nach sehr sinnvoll. Denn von den Best Practices aus beiden Ländern kann man lernen, zumindest aber darüber diskutieren. Nicht alles, was China macht, ist einfach nur schlecht.

Zu den Menschenrechtsfragen. Diese sind in erster Linie eine Frage zwischen Staaten. Dafür haben wir den Menschenrechtsdialog und den Rechtsstaatsdialog zwischen der Bundesregierung und der chinesischen Regierung. Städte können keine Menschenrechtsprobleme lösen. Sie können nur darüber diskutieren.

Meiner Meinung nach führt das einfache Ansprechen von Menschenrechtsfragen bei einer Partnerstadt zu Irritationen, löst aber nichts. Die chinesischen Delegationen wissen auch nicht, was sie darauf antworten sollten. Es ist weder konstruktiv noch weiterführend, solche Fragen einfach nur anzusprechen.

Viel sinnvoller ist es zum Beispiel – das hat Duisburg immer getan –, eine Delegation in das Duisburger Rathaus zu führen und zu zeigen: Am Eingang stehen eben keine Polizisten oder Soldaten, sondern man kann reingehen und sogar am Büro des Oberbürgermeisters klopfen. Es ist also transparent.

Auch Universitäten sind in China immer schon durch Mauern oder Zäune abgeschirmt. Man muss sich vorne eintragen. Es erstaunt chinesische Delegationen immer wieder, dass in der Universität Duisburg alle Gebäude offen stehen und man überall hingehen kann, auch zum Zimmer des Rektors.

Eine Delegation interessierte sich einmal für das Problemstadtteil Hochfeld in Duisburg mit über 140 Nationalitäten und dafür, wie das Zusammenleben dort möglich ist, wie es gestaltet wird und wie Jugendprobleme gelöst werden.

Man kann also Best Practices vermitteln und zeigen, welche Dinge in Duisburg oder allgemein in nordrhein-westfälischen Städten bei der Stadtverwaltung anders gehandhabt werden und wie dies geschieht. Daraus können durchaus beide Städte lernen. Wie soll die andere Seite sonst sehen, was hier stattfindet? Abstrakte Diskussionen bringen meines Erachtens relativ wenig. Besser ist es, an konkreten Fallbeispielen und Best Practices zu zeigen, wie Demokratie funktioniert.

Zu Ihrer Frage nach dem Bürgeraustausch. Dieser müsste tatsächlich verstärkt werden. Ich weiß nicht, wie es in den einzelnen Städten aussieht. In Duisburg war er sicher bis in die neunziger Jahre hinein sehr viel stärker ausgeprägt. Wir hatten einen Austausch zwischen den Fußballvereinen. Seit Duisburg in der dritten Liga spielt, möchte der Fußballverein von Wuhan, ein Erstligist, diesen Austausch nicht mehr, sondern zieht einen mit Bayern München oder einem anderen großen Bundesligaverein vor.

Sogar jetzt, während der Pandemie, findet ein Onlineaustausch zwischen den Feuerwehren statt. Das Duisburger Orchester, aber auch Vereine sind nach China gefahren. Dies hat eigentlich sehr gut geklappt. Verwaltungsangestellte sind ebenfalls nach Wuhan

gereist, ihre chinesischen Pendants umgekehrt nach Duisburg, und sie haben sich ausgetauscht.

Städtepartnerschaften nutzen letztendlich auch nur etwas, wenn man die Bürger sowohl darüber informiert, als auch in den Austausch selbst einbezieht. Dies kostet natürlich wieder Geld. Ein Gesangsverein kann nicht einfach nach Wuhan fahren. Weil es sehr teuer ist, braucht er dafür eine Unterstützung. Vielleicht könnte man dafür auch auf Mittel des Bundes oder Landes zurückgreifen.

Bezüglich der unvorbereiteten Städtepartnerschaften gebe ich Ihnen recht, Herr Nückel. Ich habe dafür auch ein Beispiel gebracht. Die Frage lautet: Wie kann man überhaupt Städtepartnerschaften anknüpfen? Im Prinzip sind diese bisher überwiegend durch einzelne Unternehmer oder Politiker in einer Stadt oder durch Projekte entstanden.

Den Anstoß für die Partnerschaft von Duisburg und Wuhan gab der Bau eines großen Stahlwerks in Wuhan mit Unterstützung von Krupp und Thyssen. Im Zuge dessen reisten 1.000 Fachkräfte aus Duisburg dorthin. Damals hat der Oberbürgermeister gefragt: Warum sollen wir keine Städtepartnerschaft mit China gründen? Dieses Projekt stellt eine erste Grundlage dar, wir können dies aber ausweiten.

Dies ist meines Wissens die Regel. In allen mir bekannten Fällen haben einzelne deutsche Unternehmer oder Lokalpolitiker – auch im Verein mit ihren chinesischen Pendants – solche Partnerschaften beschlossen. Anders ist es bei den Landeshauptstädten. Düsseldorf unterhält heute eine Partnerschaft mit Chongqing, einer provinzfremen, regierungsunmittelbaren Stadt, und unterhielt zuvor eine mit Shenyang, ebenfalls eine Provinzhauptstadt.

Köln hatte das Glück, nah an Bonn zu liegen, das Peking zu klein war, wie man mir immer sagte. Köln schien eine Alternative zu sein. Wie weit dies heute tatsächlich noch funktioniert und ob Bürger darin miteinbezogen sind, vermag ich nicht zu beurteilen. Ich habe den Eindruck, zwischen Peking und Köln läuft nicht so viel.

Über das große Thema „Afrika“ könnte man den ganzen Tag diskutieren. Ein amerikanisches Institut hat ausgerechnet, dass die Wirkung der chinesischen Aktivitäten in Ostafrika 0,7 %, die Unterstützung durch die Weltbank und die europäische Entwicklungshilfe dagegen 0,0 % zum jährlichen Wachstum dieser Region beiträgt. China hat dort in den vergangenen 15 Jahren 6.000 km Schienen, 80 Kraftwerke und 60 Häfen gebaut. Der Vorsitzende der Afrikanischen Union hat erklärt: Das Wichtigste, was wir brauchen, ist Infrastruktur.

Auch der Europäischen Union dämmert jetzt, dass man in Afrika Infrastruktur entwickeln muss. Wir haben zunächst dieses EU Gateway Asia errichtet. Dieses soll sich erst einmal mit Zentralasien und in einem zweiten Schritt mit Afrika befassen.

Angela Merkel sagte einmal, wir müssten uns im Hinblick auf die Entwicklung Afrikas auch mit dem Seidenstraßenprojekt zusammenschließen, dort Standards unter anderem für Nachhaltigkeit einbringen und dies besser koordinieren. Ich weiß nicht, was an dieser Idee schlecht sein soll, sondern finde den Vorschlag sinnvoll, weil der Westen

im Prinzip relativ wenig effektive und nachhaltige Entwicklungsleistungen für Zentralasien oder für Afrika erbracht hat, wie auch die neue Bundesregierung festgestellt hat.

Natürlich ist es richtig, dass sich die lokalen Beziehungen nicht ganz aus der großen Politik herausziehen können. Sie sind auch kein zentrales Moment der Diplomatie, sondern eine Ergänzung zur Diplomatie der Bundesregierung, weil auf der lokalen Ebene ein auf Gegenseitigkeit beruhender Austausch über zentrale Fragen stattfindet, die die Menschen weltweit interessieren.

Der frühere Bundesaußenminister Joschka Fischer hat vor Kurzem im Interview gesagt, in 15 Jahren sei seines Erachtens nicht der Wettbewerb zwischen den Großmächten das zentrale Thema, sondern die Frage, wie man die globalen Probleme, vor denen alle Länder ständen, lösen könne. Damit meinte er nicht nur den Klimawandel, sondern auch die Pandemie, die Frage der Proliferation, der Migration usw. Ich würde ihm diesbezüglich recht geben. Diese Fragen sind die zentralen. Es hat keinen Zweck, sich abzukoppeln und zu sagen: Wir machen keine Städtepartnerschaften.

2020 hat die Stadt Arnheim ihre Partnerschaft mit Wuhan gecancelt und dies mit der Verletzung der Menschenrechte in China begründet. Städtepartnerschaften sind jedoch keine Gutwettereinrichtungen, bei denen man die Partnerschaft aufgibt, wenn in dem jeweils anderen Land Probleme auftreten. Wäre es nicht sehr viel sinnvoller, weiterhin mit den Partnerstädten im Gespräch zu bleiben und auch über diese Themen zu reden?

Als wenige Monate nach dem 4. Juli 1989 die erste Delegation nach Duisburg kam, sagte der damalige Oberbürgermeister Krings: Wir verurteilen das, was auf dem Tiananmen Platz geschehen ist, werden die Partnerschaft aber fortführen. Wir wollen mit euch im Dialog bleiben. – Diese Ansicht und diese Einstellung finde ich vernünftig, gerade in der Situation, in der die bilateralen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China sehr angespannt sind.

Wie zuvor Frau Merkel und die CDU hat auch die neue Bundesregierung einen Weg der eher maßvollen Politik eingeschlagen. Wir sollten in dieser Richtung weitergehen und nicht nur Unterschiede, sondern auch Gemeinsamkeiten definieren. Nur auf der Basis von Gemeinsamkeiten ist Zusammenarbeit möglich.

Ein Land wie China, dessen Ziel es ist, bis 2050 als Weltmacht mit den USA gleichauf zu sein, und das bald eine sein wird, kann man nicht einfach isolieren, ausgrenzen oder ausschalten. Man muss mit ihm zusammenarbeiten und daher Felder finden, auf denen dies möglich ist.

Vielleicht noch zum Olympiaboykott und meiner Einschätzung dazu. Gestern hat der Ihnen bekannte Künstler Ai Weiwei, der China verlassen hat und mittlerweile in Portugal lebt, in einem Interview in den Tagesthemen gesagt: Diplomatischer Boykott ist Unsinn. Er bringt überhaupt nichts.

Man kann damit zwar ein bestimmtes Zeichen setzen, aber es hat mich doch gewundert, dass unsere Außenministerin gesagt hat, sie fahre dort nicht hin. Man kann es auch ironisch sehen: Sie war weder eingeladen, noch war jemals ein deutscher Außen-

minister bei der Eröffnung von Spielen in Peking zugegen. Von daher scheint dies eher ein Symbolakt ohne irgendwelche Konsequenzen zu sein.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Ich habe noch zwei Wortmeldungen von Dr. Bergmann und Frau Kollegin Aymaz.

**Dr. Günther Bergmann (CDU):** Dieser Ausschuss setzt sich seit Monaten – um nicht zu sagen: seit Jahren – dafür ein, dass zum Beispiel die Städtepartnerschaften zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen trotz der Situation, die sich in den vergangenen Jahren in Polen aufgetan hat, intensiviert werden und der Dialog beibehalten wird. Sie brauchen hier niemanden von der Wichtigkeit von Städtepartnerschaften im politischen Gefüge zwischen zwei Staaten zu überzeugen. Die Scheunentore stehen sehr weit offen.

Die Situation in Polen unterscheidet sich jedoch deutlich von der in China. Städtepartnerschaften erwachsen ganz häufig aus wirtschaftlichen Interessen. Jedoch werden – das ist der große Unterschied – wirtschaftliche Zusammenhänge aus bundesdeutscher Sicht ganz anders als aus chinesischer betrachtet. In China ist der wirtschaftliche Anspruch immer mit dem Ziel verwoben, sowohl wirtschaftlich als auch in anderen Bereichen die größte Macht der Welt zu werden, und somit mit geopolitischen Akzenten versehen.

Unter den sozialistischen Freundesstaaten –, wenn Sie diese besuchen, können Sie dies selber sehen – werden unter der Überschrift „Bruderhilfe“ Raffinerien ausgebaut, um diese Staaten wirtschaftlich in die Hand zu bekommen. Das Beispiel „Ostafrika“ haben Sie gerade selber erwähnt. In Südamerika könnte ich Ihnen weitere Beispiele nennen.

Die Stringenz Ihrer Argumentation wurde durchbrochen, als Sie sagten, wie toll alles sei, zugleich aber auch, dass diese Städte immer erst das Einverständnis von der obersten Staatsebene einholen müssten, um überhaupt Partnerschaften einzugehen. Genau darin liegt der Unterschied. Die Städte werden zu Emissären der KP, weil sie in Städtepartnerschaften eine gewisse Funktion erfüllen sollen. Damit unterscheiden sie sich in der Art, wie sie Partnerschaften angehen, vollkommen von bundesdeutschen Städten.

Dies unterscheidet solche Partnerschaften von denen zwischen Städten in Nordrhein-Westfalen und in osteuropäischen Ländern wie Polen oder auch Ungarn, auch wenn es dort ebenfalls Verwerfungen und Schwierigkeiten gibt. Insofern geht es darum, abzuwägen.

Infrastrukturausbau wird immer als etwas Positives dargestellt. Dies haben schon die Engländer in Südamerika getan. Tatsächlich bauten sie die bis heute einzigen dort bestehenden Eisenbahnlinien, allerdings erfolgte der Bau nicht aus einer irgendwie gearteten Nettigkeit heraus, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen.

Ich frage mich die ganze Zeit, welcher Kübel über die Amerikaner ausgeschüttet würde, wenn sie sich in der heutigen Zeit so verhalten würden, wie die Chinesen,

während bei China mit Blick auf das uns vielleicht durch die Lappen gehende Geschäft vieles einfach ertragen wird.

Sie merken, ich stelle hier keine Frage, sondern möchte meinem Unwohlsein und meinem kritischem Blick in diesem Zusammenhang Ausdruck verleihen, weil meiner Meinung nach viele Dinge nicht einfach unwidersprochen stehen bleiben können.

Wir müssen davon weg, zu glauben, der Auftrag des Feuerwehrmanns, der aus China zum Feuerwehmann nach Deutschland kommt, reduziere sich auf C-Schläuche und TLF. Er geht darüber hinaus. Solange es auf chinesischer Seite diesen staatlichen Auftrag von ganz oben gibt, besteht eine gewisse Ungleichheit, die wir durch Kontakte und Diskussionen nicht ausräumen können. Dies bereitet mir bezogen auf irgendwelche weiteren Kooperationen mit China Sorge.

China setzt einfach aus Eigeninteresse Dinge um und orientiert sich dabei nicht an einem Fünfjahresplan – der gilt für das Wirtschaftliche –, sondern an ganz anderen Kategorien. Wir werden dann irgendwann in das berühmte Rohr gucken.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Ich möchte meine folgenden kurzen Beiträge auch nicht unbedingt als Frage verstanden wissen, weil dies sonst viel verzögern würde, sondern Ihnen noch etwas mitgeben, worüber zukünftig diskutiert werden muss.

Vorweg ein Hinweis zu Annalena Baerbock bzw. zu der Aussage unserer Außenministerin: Der Fairness halber muss man sagen, dass sie erstens danach gefragt worden ist, ob sie dorthin reist. Zweitens hat sie in Ihrer Antwort darauf auch ganz klar gesagt, dass vor ihr noch kein Außenminister eine Reise zu den Olympischen Spielen untergenommen habe und auch sie persönlich es nicht machen werde. Es handelte sich also nicht um einen Symbolakt, sondern einfach um die Beantwortung einer Frage.

Zu Ihrem Appell für die Koordination der Aktivitäten im afrikanischen Raum mit denen Chinas. Ich finde dies gerade vor dem Hintergrund, wie aggressiv und mit welcher imperialen Motivation China in der Region agiert, ausgesprochen problematisch. Wir sollten dort nicht in alte Kolonialstrukturen und ein entsprechendes Gehabe verfallen. Ich finde es wichtig, dies mitzunehmen und zu beobachten, wie problematisch sich so etwas gestalten kann.

Abschließend ein Punkt, über den wir in der Kürze der Zeit nicht gesprochen haben: Sicherlich ist Ihnen der Verfassungsschutzbericht des Landes zu China bekannt. Wir wissen, dass China massiv darum bemüht ist, Einfluss auf Politikerinnen und Politiker zu nehmen. Dies geschieht über Cyberangriffe; und zwar in aggressivster Form nicht nur über die E-Mail-Accounts der Abgeordneten, sondern auch in deren Umfeld, in der Familie und über Freunde. Diese Angriffe sind sehr breit angelegt und erschweren uns einen Austausch auf Augenhöhe.

Ich finde Austausch auf allen Ebenen ganz wichtig und bin immer noch dafür, dass wir einen Weg finden, diesen zu erhalten. Allerdings muss dieser auf Augenhöhe stattfinden. Dafür müssen wir erst einmal die Sicherheit und die Freiheit haben, auch offen über alles reden zu können. Dieser Aspekt wird meines Erachtens bei der Suche nach

einer richtigen Form des Austauschs – die wir immer noch nicht haben – noch einmal eine besondere Bedeutung gewinnen.

Abschließend bin ich beeindruckt davon, dass sich die Kollegen von der FDP und der CDU so kritisch mit der Materie auseinandersetzen, vor allen Dingen auch aus der Menschenrechtsperspektive. Ehrlich gesagt, wünsche ich mir dies auch im Umgang mit anderen Ländern, bei denen ich es oft vermisse.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Danke, Frau Kollegin Aymaz. – Abschließend würde ich Ihnen, Herr Professor Heberer, noch einmal das Wort geben, wenn Sie noch auf die Äußerungen eingehen möchten.

**Prof. Dr. Thomas Heberer (Seniorprofessor für Politik und Gesellschaft Chinas, Universität Duisburg-Essen):** Ich will es kurz machen. Wir können die Fragen heute weder ausdiskutieren, noch kann ich meine Meinung dazu umfassend vortragen. Vielleicht ergibt sich einmal die Gelegenheit, in einem größeren Kreis tiefergehend zu diskutieren, in dem Chinaexperten mit unterschiedlichen Meinungen vertreten sind.

Die zentrale Frage – nicht nur für die Bundesregierung, sondern auch für die EU, Nordrhein-Westfalen und die Städte – bleibt: Wie sollen wir mit einem Partner umgehen, der außenpolitisch sehr aggressiv auftritt, der die Innenpolitik autoritärer gestaltet, aber so mächtig wird, wie es die Sowjetunion nie war, und dem nicht einfach durch Drohungen oder Sanktionen beizukommen ist, der aber, weil er in einigen Jahren so bedeutend sein wird, irgendwie in die Strukturen eingebunden werden muss? Wie können wir das machen?

Die EU findet in China eher kein Gehör und wird nicht ernst genommen, weil sie keine Einheit bildet. Deutschland und Frankreich haben den Vorteil, gehört zu werden, und haben einen besonderen Draht. Dies gilt auch für Russland, wie man jetzt merkt: Macron ist mit Putin im Gespräch. Frau Merkel hat regelmäßig mit Xi Jinping gesprochen, was ich für eine sehr gute Idee halte, und durchaus auch ihre Meinung zu Menschenrechtsfragen gesagt. Wir sollten uns diese Kanäle offenhalten – für Russland gilt dies genauso – und nicht einfach alle Wege für einen Dialog verschließen.

Keiner von uns will Krieg. Jeder will Frieden. Der amerikanische Wissenschaftler John Mearsheimer – einer der bedeutendsten Spezialisten für internationale Beziehungen – schrieb vor einigen Jahren in einem Buch:

Der Kernkonflikt des 21. Jahrhunderts ist derjenige zwischen den USA und China. Die USA sind nicht bereit, ihren Status als größte Globalmacht abzugeben oder zu teilen, und China ist nicht bereit, auf einen Aufstieg zu verzichten.

Mearsheimer meint, dies müsse notwendig zum Krieg führen. Ich bin nicht dieser Meinung. Wir müssen uns aber überlegen, wie wir im Dialog bleiben, damit wir den Frieden in der Welt sichern können.

**Vorsitzender Dietmar Brockes:** Vielen Dank, Herr Professor Heberer für Ihre Ausführungen. Sie haben deutlich gemacht, welche Chancen die Beziehungen zu China

bieten. Wir hatten einen regen Austausch mit sehr kritischen Nachfragen, und Sie haben uns in einem meiner Meinung nach sehr guten und offenen Austausch Rede und Antwort gestanden. Wir alle würden uns wünschen, dieser Austausch könnte gerade in den Beziehungen zu China zukünftig noch stärker stattfinden. Herzlichen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung standen.

### **3 Die europäische und internationale Zusammenarbeit im zweiten Halbjahr 2021** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Vorlage 17/6496 (nachträglich erschienen)

#### **Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEi) berichtet:**

Für die internationalen Beziehungen des Landes Nordrhein-Westfalen war das zweite Halbjahr 2021 trotz der Einschränkungen durch die Pandemie durchaus erfolgreich. Wir haben nämlich unter anderem unsere langjährige Partnerschaft mit Ghana und Hauts-de-France erneuert, eine neue Kooperation mit Piemont und eine verstärkte Zusammenarbeit mit Pennsylvania vorbereitet. Gleichzeitig haben wir erstmalig eine Vereinbarung mit British Columbia unterzeichnet.

Zu den herausragenden Ereignissen des vergangenen Halbjahres gehörten aber auch die Feierlichkeiten anlässlich von 75 Jahren freundschaftlicher Beziehungen zum Vereinigten Königreich, das 30-jährige Jubiläum unserer Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck, die 20 Jahre währende Zusammenarbeit im regionalen Weimarer Dreieck und die kontinuierliche Arbeit der Landesregierung für die Konferenz zur Zukunft Europas.

Die Erneuerung unseres Partnerschaftsabkommens mit Ghana fand im August im Rahmen eines Besuches des ghanaischen Präsidenten Nana Akufo-Addo statt. Er hat für sein Land das Ziel ausgegeben, von der Entwicklungshilfe unabhängig zu werden. Daher steht die wirtschaftliche Entwicklung Ghanas im Zentrum des neuen Abkommens, mit dem die seit 2007 bestehende Partnerschaft nun zum dritten Mal verlängert wird.

Der Präsident führte bei seinem Besuch in Nordrhein-Westfalen nicht nur bilaterale Gespräche mit der Landesregierung, sondern nahm auch als Ehrengast an den Feierlichkeiten zum 75. Landesjubiläum sowie an der Eröffnung der Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik teil.

Zur Vertiefung der Beziehungen zu Kanada habe ich im Oktober im Rahmen einer Reise an die Westküste des Landes mit dem Premierminister von British Columbia, John Horgan, eine Absichtserklärung über die gemeinsame Zusammenarbeit unterzeichnet. Wir wollen uns mit British Columbia vor allem über Zukunftsthemen wie Klimaschutz und Katastrophenmanagement austauschen. Zugleich wollen wir mit dieser Partnerschaft einen Beitrag dazu leisten, den transatlantischen Dialog durch engere Zusammenarbeit auch mit anderen Ländern und Staaten und mit US-Bundesstaaten auf subnationaler Ebene zu stärken.

Auch in der zweiten Jahreshälfte haben wir mit verschiedenen Veranstaltungen 75 Jahre #Friendship – ich muss mich an das Wort gewöhnen und tue mich damit wahnsinnig schwer – mit unseren britischen Partnern gefeiert. Diese waren nicht nur hochrangig beim Landesjubiläum vertreten. Es war Generalkonsul Rafe Courage und mir ein Anliegen, in diesem Jubiläumsjahr auch das Engagement der Zivilgesellschaft zu würdigen. Dazu haben wir am 4. Oktober zu einem gemeinsamen Empfang für zivilgesellschaftliche Akteure eingeladen.

Justizminister Peter Biesenbach hat besonders hervorgehoben, dass Nordrhein-Westfalen dank der Unterstützung der britischen Regierung seit 75 Jahren über ein gut funktionierendes Justizsystem verfügt. Dies wurde von und gemeinsam mit der britischen Botschafterin Jill Gallard in Düsseldorf gefeiert.

Zudem rückten die deutsch-britischen Beziehungen prominent ins Rampenlicht, als Fußballtrainer Jürgen Klopp am 3. Oktober in Dortmund den ersten „German-British #Friendship Award“ erhielt. Es handelte sich um eine gemeinsame Veranstaltung mit der British Chamber of Commerce.

Abschließend möchte ich noch auf eine sehr erfreuliche Kooperation aufmerksam machen, die die Beziehung zum Vereinigten Königreich in eine weitere Verwaltungsebene trägt. Am 3. September nahm ich an der feierlichen Unterzeichnung eines Memorandums auf Understanding zwischen dem Regionalverband Ruhr und Greater Manchester Combined Authority teil. Diese Zusammenarbeit resultiert unter anderem aus unseren Bemühungen im Rahmen der Ruhrkonferenz, eine stärkere Vernetzung zwischen dem Ruhrgebiet und den Regionen mit ähnlichen Herausforderungen zu etablieren.

Die Folgen des Brexit waren ein wichtiges Thema auf meiner Reise nach Irland, Nordirland und Schottland, die ich im September unternommen habe. In Schottland besteht ein großes Interesse daran, weiter eng mit den Partnern in Europa und der Europäischen Union zu kooperieren. Derzeit erarbeiten wir ein Konzept, um den Austausch von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden auch nach dem Brexit zu intensivieren und weiter zu fördern.

Die internationale Zusammenarbeit des Landes besteht natürlich nicht nur aus herausragenden Ereignissen, wie Besuchen und Jubiläen. Im Gegenteil: Der größte Teil der Arbeit besteht aus der kontinuierlichen Pflege bestehender Beziehungen. Eine besondere Stellung nehmen dabei die Beneluxstaaten ein. Gemeinsam mit den Niederlanden haben wir am 30. September in Enschede die inzwischen dritte Grenzlandkonferenz durchgeführt. Ein wichtiges Thema war dabei die grenzüberschreitende Pandemiebekämpfung. Beide Regierungen haben sich in einer Gemeinsamen Erklärung noch einmal ausdrücklich dazu bekannt, dass die offenen Grenzen auch in Krisenzeiten nicht zur Diskussion stehen.

Im Rahmen der Kooperation zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung informierte sich Innenminister Reul im Rahmen des Besuchs des Euregionalen Polizei Informations- und Cooperations-Centrums über gemeinsame Einrichtungen und gemeinsame Dienststellen. Er sprach zudem bei der Sitzung des Euregionalen Informations- und Expertisezentrums am 26. November ein Grußwort. Dieses EU-geförderte Pilotprojekt setzt sich für die gemeinsame Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in der Grenzregion ein.

Auch die grenzüberschreitende Verkehrsplanung mit den Niederlanden stand im zweiten Halbjahr 2021 im Fokus. Ministerpräsident Wüst hat in seiner damaligen Funktion als Verkehrsminister bei einer von der Provinz Gelderland organisierten Konferenz zum Europäischen Jahr der Schiene eine Auftaktrede zum grenzüberschreitenden Schienenverkehr gehalten.

Kurz nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten traf sich Wüst am 5. November in Berlin mit dem Ministerpräsidenten Flanderns, der deutschsprachigen Gemeinschaft Ostbelgiens sowie der Föderation Wallonie-Brüssel.

Ich habe im Oktober Flandern besucht und mich im Hafen von Antwerpen mit dem flämischen Ministerpräsidenten getroffen. Der Besuch war eine gute Möglichkeit, intensiv über das gemeinsame Thema „Wasserstoff“ zu sprechen. Zum selben Thema hat auch Professor Pinkwart mit seiner flämischen Kollegin Gespräche geführt, da wir das Thema auf die Tagesordnung der für dieses Jahr geplanten gemeinsamen Kabinettsitzung in Flandern setzen werden.

Innenminister Reul traf sich mit seinem flämischen Kollegen und hat Gespräche über Themen wie Verfassungsschutz, Rechtsextremismus und Islamismus geführt. Vergleichbar eng ist die Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten, der Austausch mit den Ländern des Weimarer Dreiecks, der Region Hauts-de-France und der Woiwodschaft Schlesien.

Unsere Partnerschaft mit Hauts-de-France haben wir im Juli erneut verlängert. Wir haben vereinbart, gemeinsam an den Themen „Klimawandel“, „künstliche Intelligenz“, „Energieforschung“, „Stärkung des Dialogs und der Kooperation auf europäischer Ebene“ zu arbeiten.

In seiner Funktion als deutsch-französischer Kulturbeauftragter traf Ministerpräsident Laschet noch im September den französischen Staatspräsidenten in Paris. Auf seiner Reise nach Polen nahm er an den offiziellen Feierlichkeiten zum Gedenken der Opfer des Warschauer Aufstands am 1. August teil. In Warschau führte er Gespräche mit dem polnischen Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten sowie mit dem Senatsmarschall Tomasz Grodzki.

Der Ausschuss für interregionale Zusammenarbeit der Deutsch-Polnischen Regierungskommission hat im Oktober in Danzig getagt. Ein Thema war der Europäische Green Deal. Am 21. Dezember waren wir Gastgeber der leider nur digital tagenden Deutsch-Polnischen Regierungskommission.

Zu einem Festakt im Landtag anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Regionalen Weimarer Dreiecks, sowie des 30-jährigen Jubiläums des Weimarer Dreiecks haben wir gemeinsam mit dem Landtagspräsidenten André Kuper eingeladen. Anwesend waren der Vorsitzende der Schlesischen Regionalversammlung und der Vizepräsident der Region Hauts-de-France.

Das Ruhrgebiet war Gastgeber des Expertenaustausches zum Strukturwandel im Regionalen Weimarer Dreieck zum Thema „Wasserstoff – Energieträger der Zukunft“. Der Jugendgipfel 2021 des Regionalen Weimarer Dreiecks wurde wegen der Pandemie leider nur digital durchgeführt.

Die Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung zur Zusammenarbeit in mit der Region Piemont den Bereichen „Forschung“, „Wirtschaft“ und „digitaler Wandel“ ist am 14. Februar, also in wenigen Tagen, geplant. Vorbereitungen der Kooperation fanden im zweiten Halbjahr auf Antrag des Landtages statt. Es geht um die

Expertenthemen „autonomes Fahren“, „hocheffiziente und nachhaltige Landwirtschaft“, „Künstliche Intelligenz“ und „Wasserstoffökonomie“.

Intensiv waren die Beziehungen zu Ungarn. Wir besuchten Ungarn im November 2021. Wir hatten Besuch von der Ministerin für Justiz und Europa. Themen waren das europäische Wertefundament und Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit und eine vertiefte Zusammenarbeit von Ungarn und Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Gemischten Regierungskommission. Diese alle zwei Jahre tagende Kommission beider Länder traf sich im Oktober in Düsseldorf. Expertinnen und Experten aus beiden Ländern tauschten sich in zwei Arbeitsgruppen zu den Themen „Wissenschaft“ sowie „Kultur und Gesellschaft“ aus.

Im Rahmen meiner Balkanreise besuchte ich Kroatien, Slowenien, Montenegro, Nordmazedonien, Albanien, Bulgarien und Rumänien.

Neben den bilateralen Beziehungen innerhalb des kontinentalen Europas gehört die enge Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union zu den Schwerpunkten unserer internationalen Beziehungen. So habe ich mich mit der slowenischen Regierung zu Gesprächen über Themen der Ratspräsidentschaft, vor allen Dingen zur Rechtsstaatlichkeit und den Vorstellungen Sloweniens dazu getroffen.

Dort habe ich mich mit Vertreterinnen und Vertretern auch aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über europäische Grundsatzfragen, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit als europäische Grundwerte sowie die europäische Perspektive des Westbalkans ausgetauscht.

Im Ausschuss der Regionen vertritt mein Kollege Speich die Belange unseres Landes. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Ausschusses war in den vergangenen sechs Monaten die Stärkung der europäischen Demokratie im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas.

In verschiedenen Podiumsdiskussionen haben wir ein breites Publikum erreicht, unter anderem mit der Diskussion zum Rechtsstaatlichkeitsbericht 2021 der Europäischen Kommission, mit einer Podiumsdiskussion über Asyl und Migrationspolitik und mit einer Diskussionsrunde zum Thema „Jüdinnen und Juden müssen sich sicher fühlen können. Wie kann der Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland gelingen?“.

Durch die Einrichtung unseres Landesbüros in Israel vor knapp zwei Jahren haben wir die enge Partnerschaft mit diesem Land trotz der Herausforderungen durch die Pandemie weiter gestärkt. Wir haben unsere diesbezügliche Arbeit bereits gemeinsam mit Dr. Yaron in diesem Ausschuss vorgestellt.

Bedingt durch die Pandemie fand der Austausch mit China überwiegend digital statt. Das Wirtschaftsministerium veranstaltete gemeinsam mit NRW.Global Business einen virtuellen „Innovation Summit NRW-China“ mit den Themenschwerpunkten „Künstliche Intelligenz“ und „Erneuerbare Energien“.

Am 12. Januar hat Ministerpräsident Wüst bei einer digitalen Feierstunde mit dem Gouverneur Tom Wolf ein gemeinsames Abkommen mit dem US-Bundesstaat

Pennsylvania unterzeichnet, mit dem die bestehende Partnerschaft erneuert und vertieft wird und das auf unsere Vorarbeit im Halbjahr 2021 zurückgeht.

Da dies wohl der letzte Bericht über die internationale Arbeit unseres Bereichs in dieser Legislaturperiode ist, möchte ich mich bei Ihnen für die vielen großen Aktivitäten, die auf Parlamentsebene von Ihnen begleitet wurden, bedanken.

Viele von Ihnen sind zudem persönlich in Partnerschaften engagiert. Die Landesregierung hat regelmäßig mit dem Landtag Veranstaltungen für ausländische Gäste durchgeführt. Dies alles wäre ohne Ihre Unterstützung, Ihre Initiative und Ihre Beiträge überhaupt nicht möglich gewesen. Dies hat zum Erfolg der gemeinsamen Arbeit für NRW beigetragen, und dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich danken.

Der Ausschuss kommt überein, Fragen zum Bericht schriftlich beim Ausschussesekretariat einzureichen und um ebenfalls schriftliche Beantwortung zu bitten.

#### **4 Europapolitische Prioritäten der Landesregierung und Bewertung des Arbeitsprogrammes der Europäischen Kommission 2022** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6379

**Sebastian Watermeier (SPD)** dankt dem Minister im Namen seiner Fraktion für die gute Zusammenarbeit in europapolitischen Fragen. Inhaltlich gebe es deutliche Unterschiede, er schätze jedoch das Engagement des Ministers und seinen persönlichen Stil im Umgang sowohl im Landtag als auch mit den internationalen Partnern sehr.

Die Landesregierung habe Ihrem umfangreichen Bericht zufolge diverse technologische Zukunftsthemen, zum Beispiel die Halbleitertechnik, in ihre europapolitischen Prioritäten aufgenommen, sich aber bedauerlicherweise nicht klar dafür ausgesprochen, in einen Standortwettbewerb um die Produktion dieser Zukunftstechnologien in Europa einzutreten.

Die europäische Säule „soziale Rechte“ werde nur sehr knapp thematisiert und zurückhaltend kommentiert. Dies möge der politischen Verortung der Landesregierung angemessen sein, jedoch wäre eine klarere Positionierung wünschenswert, weil aus der europäischen Freizügigkeit und ihrem Missbrauchs durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch vor Ort sichtbare Probleme erwachsen.

Im Rahmen einer Veranstaltung anlässlich der rumänischen Ratspräsidentschaft noch vor der Coronapandemie hätten auch CDU-Bürgermeister sehr deutlich auf Probleme der Kommunen aufgrund von Lohndumping und missbräuchlichen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie hingewiesen. In den Ruhrgebietsregionen wanderten zudem geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Südosteuropa in prekäre Lebensverhältnisse ein, während auf dem Arbeitsmarkt keine Nachfrage danach existiere.

Diese Probleme müssten – auch angesichts der Balkanreise des Ministers – einen viel stärkeren Niederschlag in den europapolitischen Positionen der Landesregierung finden.

Auch **Oliver Krauß (CDU)** dankt dem Minister im Namen seiner Fraktion vor allem dafür, im Ausschuss die Gemeinsamkeiten der demokratischen Fraktionen betont zu haben. Erfreulicherweise honoriere auch die SPD-Fraktion bei aller Kritik den vom Minister geprägten politischen Stil. Insgesamt nehme er sehr viel mehr Gemeinsames als Trennendes unter den demokratischen Fraktionen wahr und begrüße dies auch, weil die Herausforderungen nur gemeinsam gelöst werden könnten.

Diese Berichte zu diesem und dem vorherigen Tagesordnungspunkt zeigten, wie stark die Landesregierung das Thema „Europa“ zuletzt vorangetrieben habe. Soziale Themen wie „Arbeitsverhältnisse“ könnten sicher auch auf Reisen angesprochen, müssten jedoch im diplomatischen Rahmen geklärt werden. Seines Erachtens sei diesbezüglich mehr passiert, als an die Öffentlichkeit dringe.

Die Landesregierung verfolge das Ziel, die Rolle der Regionen in Europa weiter zu stärken. Dafür hätten sich auch alle im Landtag ausgesprochen. Europa müsse widerstandsfähiger, krisenfester und zukunftsfähig gemacht werden.

Der Bericht hebe die vertiefte Zusammenarbeit im Gesundheitssektor und die aktive Gestaltung der doppelten Transformation in Europa durch die Digitalisierung und damit verbundene Formen des Wirtschaftens und Lebens einerseits und die Wende zu einer nachhaltigen Lebensweise andererseits als zentrale Aufgaben hervor.

Zudem werde die bereits von NRW besetzte Vorreiterrolle in vielen Bereichen wie der Wasserstoffwirtschaft deutlich. Bei dieser Schlüsseltechnologie habe sich die Landesregierung entgegen der SPD-Kritik nicht vage, sondern mit Blick auf die grünen Transformatoren der Wirtschaft konkret geäußert. NRW habe das europaweit erste Klimaanpassungsgesetz verabschiedet und auch die Cross-Border Task Force Corona sei zu einem Vorbild für europäisches Denken und Handeln gerade in Krisenzeiten und im Bereich der Sicherheit geworden.

Es bestehe allerdings weiterer Handlungsbedarf. Die Zusammenarbeit müsse nicht nur im Krisenfall weiter verstärkt werden. Die CDU-Fraktion begrüße den konsequenten Einsatz des Ministers für die Verteidigung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit in der EU. Andere Landesregierungen müssten diesbezüglich noch vieles verbessern.

Die Landesregierung setze mit den Prioritäten ihres Arbeitsprogramms die ambitionierten Vorhaben der EU um. So solle der digitale Wandel und Klimaneutralität bis spätestens 2050 erreicht werden, die Asyl- und Migrationspolitik reformiert werden. Bei den europäischen Themen „Digital Services Act“, „Digital Markets Act“, und „europäische Verteidigungsunion“ nehme NRW eine aktive Rolle ein. Seine Fraktion unterstütze den Kurs vollständig.

**Thomas Nüchel (FDP)** äußert sich zufrieden über die seines Erachtens vollständige Umsetzung der schwarz-gelben Vorhaben in den vergangenen fünf Jahren. Zudem sei auch Unvorhergesehenes wie Corona gemeistert worden.

Der Ausschuss kommt überein, Fragen zum Bericht schriftlich beim Ausschusssekretariat einzureichen und um ebenfalls schriftliche Beantwortung zu bitten.

**5 Stand der Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Polen, Ungarn und Slowenien**  
*(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6372

Der Ausschuss kommt überein, Fragen zum Bericht schriftlich beim Ausschussekretariat einzureichen und um ebenfalls schriftliche Beantwortung zu bitten.

**6 Stand der Beziehungen Nordrhein-Westfalens zur Slowakei und Tschechien**  
*(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6373  
Vorlage 17/6374

Der Ausschuss kommt überein, Fragen zum Bericht schriftlich beim Ausschusse sekretariat einzureichen und um ebenfalls schriftliche Beantwortung zu bitten.

## **7 Verschiedenes**

– keine Wortbeiträge

gez. Dietmar Brockes  
Vorsitzender

### **Anlage**

01.07.2022/08.07.2022

2





# NRW, Duisburg und die deutsch-chinesischen Beziehungen

*Prof. Dr. Thomas Heberer  
Institut für Ostasienwissenschaften  
Universität Duisburg-Essen*

- ca. 1.200 Unternehmen aus “Greater China”, davon 610 allein in Düsseldorf (6.200 Chinesinnen und Chinesen leben hier)
- Mit Abstand wichtigster Investitionsstandort unter den Bundesländern
- 37.000 Chinesinnen und Chinesen, ein Viertel aller in der Bundesrepublik.
- Das Handelsvolumen belief sich 2020 auf 44 Mrd. Euro.
- China drittwichtigster Abnehmer von Gütern aus NRW (nach den Niederlanden und Frankreich)
- Und zweitwichtigster Lieferant (nach den Niederlanden)

# Forschung am Institut für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen zu China – Ruhrgebiet – NRW und die „Neue Seidenstraße“

- Chinas Entwicklung herausfordernder
- Kalter Krieg China – USA: Europas Positionierung
- Folgen der Pandemie
- BRI unter westlicher Kritik: alternative Konzepte (G-7, EU, USA, Japan, Japan-Indien) → Wettbewerb/Synergieeffekte?
- Prekäre Lage in Transitländern
- Öffentliche Meinung/China-Berichterstattung (WAZ: „Milliarden gegen Chinas Machtgier“)
- Ungewissheit über Chinapolitik der neuen Bundesregierung

- BRI kein feststehender Masterplan  
→ Inhaltlich relativ undefiniert: Initiativen unterschiedlicher Art
- BRI-Projekte: nicht nur ökonomische Faktoren entlang der „Seidenstraße“, auch politisches + kulturelles Projekt

- Eines von fünf großen externen „Sicherheitsrisiken“
- Umstellung auf „Grüne Seidenstraße“ (Minimierung der Folgen für Umwelt, Ökosysteme, CO<sub>2</sub>-Ausstoß, etc.)
- Überdenken der Kreditvergabe
- Ausweitung internationaler Kooperation

- Ex-Bundeskanzlerin Merkel: Koordination mit BRI im Hinblick auf Afrika notwendig + auf Standards für nachhaltige Entwicklung des Kontinents einigen
- Ökonom und UN-Berater Jeffrey Sachs: Chinas Engagement in Afrika: die „wichtigste Entwicklung für Afrika in dieser Generation“.
- Sambische Ökonomin Dambisa Moyo: „Mit China hat sich das alte Narrativ von Geberländern und Empfängerländern massiv verändert (...). Afrikanische Länder brauchen Handel und Investitionen. Es ist gut, wenn China oder auch Indien, Türkei, Russland oder Brasilien neue Handels- und Investitionsmöglichkeiten für Afrika bringen.“

## Bedeutung der „Neuen Seidenstraße“ im Hinblick auf NRW/Ruhrgebiet/Duisburg:

### ➤ Strukturelle Entwicklungen

- Beschäftigung (Qualifizierung, Umschulung, Fachkräfteattraktion)
- Landnutzung
- Vernetzung bestehender Akteure mit neuen Akteuren

### ➤ Wettbewerbs-Analyse

- Sondierung der Stärken/Schwächen
- Stärkung Wettbewerbskraft: langfristige strategische Ausrichtung
- Erschließung der „*in between*“-Märkte der Neuen Seidenstraße

# Du: Größter Binnenhafen der Welt + Logistkdrehscheibe Europas

- Duisburg Schlüsselrolle, aber kein Alleinstellungsmerkmal → hoher Konkurrenzdruck in Europa
- Vielfalt chinesischer Hafenbeteiligungen in EU-Ländern
- Zugverlauf durch prekäre Gebiete → politische Risiken
- Neue Herausforderungen: Lüttich; Kooperation Antwerpen/Zeebrücke; Kooperation Hamburg/Bremerhaven
- Duisburg muss Stellung im Wettbewerb kontinuierlich durch Innovationen verbessern. Beispiele:
  - Duisburg: Engagement Duisports im Hafen von Triest: Aufbau eines intermodalen Logistikkonzepts zur besseren Verschränkung see- und schienengebundener Transportdienstleistungen
  - Ausbau des Duisburger Terminals zu klimaneutral betriebenen Containerterminal

# Politische Aspekte

## Bestandsaufnahme: der „große Rahmen“

### Exogene Strukturen

- Bestandsaufnahme der aktuellen politischen und ökonomischen Situation in China + Analyse der Bedeutung für die „Neue Seidenstraße“ (BRI)
- Analyse des laufenden (14.) Fünfjahresplans (2021-25): Bedeutung für die BRI
- Analyse des politisch/ökonomischen Konflikts China – USA: Bedeutung für die Entfaltung der BRI
- Analyse der D/EU-Beziehungen zu China: Bedeutung für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, insbes. BRI

→ Bewertung der Bedeutung für: Duisburg/NRW

Analyse der Effekte, Chancen und Risiken der „Neuen Seidenstraße“ für Duisburg + NRW:

- potentielle Nutzeffekte
  - Probleme und Risiken (über Ökonomie hinaus)
  - Beteiligungsmöglichkeiten und Synergien (auch in Kooperation mit europäischen Partnern)
- 
- ➔ Vergleichsstudien der Entwicklung in strategischen Zielstädten/Zielregionen der BRI in Europa (Hafenstädte + EU-Regionen)
  - ➔ Analyse: Neuausrichtung der chinesischen Wirtschaftsstrategie → Effekte auf BRI und mittelbar Duisburg/Ruhrgebiet/NRW

## Themenfelder

- Umgang mit China vor Hintergrund zunehmend kritischer Wahrnehmung (Städte, NRW)
- Rolle/Katalysatoreffekte von kommunalen und Provinzpartnerschaften
- Infrastruktur für chinesische Investoren und Arbeitskräfte
- Informationen für die kommunale Öffentlichkeit

## Städte-Diplomatie und Städtenetzwerke wichtiger Faktor zur gemeinsamen Lösung globaler Probleme

### 3 Phasen kommunaler Partnerschaften:

- Entwicklungszusammenarbeit/Völkerverständigung
- Wirtschafts- und Investitionserwartungen
- Städte-Diplomatie im Hinblick auf die Lösung gemeinsamer Probleme

## Städte: Orte konkreter Politikumsetzung

### Städte-Diplomatie:

- ❖ Bildung von Städtenetzwerken
- ❖ Kooperation und Austausch im Rahmen gemeinsamer Problemlösungen
- ❖ Begleitet und erleichtert bilaterale Beziehungen
- ❖ Trägt bei zu gegenseitiger Verständigung
- ❖ Ergänzt zwischenstaatliche Beziehungen

- 30 kommunale Beziehungen: 14 Partnerschaften; 9 Freundschaftsbez.; 4 Kontakte; 1 Projektpartnerschaft; 1 nicht definiert; 1 ruht (Zaozhuang > 5 Mio. Einw. – Sprockhövel 24.000)
- Vorreiter über Wirtschaft hinaus: Bonn (Klimapartnerschaft mit Chengdu), Essen (Essen/Changzhou: Auszeichnung mit URBAN-EU-CHINA Powerhouse Award für nachhaltige Urbanisierung und nachhaltige Wirtschaftsbeziehungen)
- Bürgeraustausch: 56 erfasste Schulpartnerschaften in NRW (37 Gymnasien; 9 Berufskollegs, 7 Gesamt-, 2 Grund-, 1 Realschule)

- Wiss. Studien: begünstigen chinesische Direktinvestitionen
- Aber: Partnerschaften vielfältige Inhalte (verstanden als Dialogplattformen für Erfahrungsaustausch und Problemlösung auf kommunaler Ebene)
- Kooperation im Rahmen von Zukunftsthemen
- Förderung wechselseitigen Verständnisses:  
→ Kulturebene

→ Kulturaustausch/ Bürgeraustausch/Dialoge im Hinblick auf Zukunftsfragen (Duisburg u.a.: Fortführung „Zukunftsgespräche Metropole Ruhr - China“) stärken; Ziel: Verständigung Vertrauensaufbau

→ Entwicklung Duisburgs zum Vorbild für Städtepartnerschaften; Duisburg als Chinakompetenzzentrum in NRW (Stadt – Universität – Ostasienwissenschaften – China Business-Netzwerk u.a.)

→ Kooperationsschwerpunkte formulieren

→ Neuordnung des Wissenschaftsaustauschs (Abstimmung Ruhr-Universitäten bzw. NRW)

**Kommunen: Abstimmung + Austausch Land – Kommunen und zwischen Kommunen erforderlich**

- Folgen Klimawandel (Klimapartnerschaften), Nachhaltigkeit
- Strukturwandel
- Stadtentwicklung und -management (Smart City,, Altstadtentwicklung, Verkehrsmanagement, E-Mobilität etc.)
- Gesundheit (Pandemievorsorge, Pflege und Pflegepersonal, trad. chin. Medizin)
- Tourismus
- Fragen der Digitalisierung
- Wechselseitige Lerneffekte: „best practices“